

Schulsozialarbeit

DDS

Zeitschrift
der Gewerkschaft
Erziehung und Wissenschaft
Landesverband Bayern

Juni
2003

Inhalt:

Es gibt sie noch, die Schulsozialarbeit in Augsburg

von Ulrike Bahr S. 3

Feurio!!! Feurio!!! Feurio!!!

Obwohl es brennt: Schulsozialarbeit - bitte nur auf Abruf
von Wolfgang Habberger S. 5

Angst ist ein selbstverständlicher »Begleiter«

Erwartungen von SchülerInnen und LehrerInnen an
die sozialpädagogische Profilbildung der Schule.
Ergebnisse einer empirischen Untersuchung aus Sachsen-Anhalt
von Prof. Karl-Heinz Braun und Dr. Konstanze Wetzel S. 7

Schulverweigerer?

Eine Rezension
Von Hermann Rademacker S. 10

Schulsozialarbeit: Kooperation ist nötig!

Ein Interview mit Prof. Dr. Herbert Bassarak
und Günther Schedel-Gschwendtner S. 11

Schulsozialarbeit - Impuls für die Bildungsreform?

Aushang mit dem Programm
der Bundesfachtagung Schulsozialarbeit S. 12

Reisen nach PISA

Einblicke ins finnische Bildungswesen
von Gele Neubäcker S. 15

Schulprojekt in Haiti

Ein Themenabend der Erlanger GEW
von Hannes Henjes S. 17

Streichung der Beihilfe zurückgenommen

von Hans Schuster S. 18

Verpflichtendes Arbeitszeitkonto für LehrerInnen für rechtlich zulässig erklärt

von Hans Schuster S. 18

Anrechnung von Zeiten des Auslandsschuldienstes

von Harald Binder S. 19

Dies und Das S. 20

Glückwünsche und Veranstaltungen S. 21

Veranstaltungen S. 22

Kontakte S. 23

Nur Reiche können sich einen armen Staat leisten!

Diese Aussage trifft nicht den Mainstream gegenwärtiger Debatten. Und trotzdem sind Gewerkschaften in der Pflicht, das immer wieder laut zu sagen. Der Schwerpunkt dieser Ausgabe zeigt auf, wie die als dringend notwendig erkannte Schulsozialarbeit unter der finanziellen Auszehrung öffentlicher Haushalte zu leiden hat und was das für die Arbeits- und Lebensbedingungen der Beschäftigten bedeutet. Wie sollen solche Projekte finanziert werden, wenn nicht durch die öffentlichen Träger? So manche Hoffnung zielt darauf, Sponsoren aus der Wirtschaft für gesellschaftliche Aufgaben zu gewinnen. Dazu sei nur kurz eine Nachricht zitiert: »Die wöchentlichen Radio-Live-Übertragungen aus der Metropolitan Opera in New York stehen vor dem Aus. Grund dafür ist, dass der Ölkonzern Texaco nach 60 Jahren jetzt sein Sponsoring aufgekündigt hat. Der Konzern wolle seine Werbemittel nur noch dort einsetzen, wo er Geschäfte mache, so ein Sprecher.«^{*)} Was das mit Schulsozialarbeit in unserem Land zu tun hat? Die Antwort überlasse ich den LeserInnen.

Karin Just

^{*)} Kulturzeitnachrichten in Kürze vom 21.05.2003: www.3sat.de/kulturzeit/news

Einrichtung einer Mailing-Liste

für GEW-Mitglieder:

»Forum«

Auf vielfältige Anregung hin wird ab sofort eine für alle Mitglieder der GEW Bayern offene bzw. zugängliche Mailing-Liste »Forum« eingerichtet. In diesem Forum können und sollen Informationen und Meinungsäußerungen eingestellt bzw. rundgeschickt werden, die die Teilnehmer/innen für sinnvoll und hilfreich erachten.

Die Anmeldung erfolgt formlos durch elektronische Mitteilung an **GN@bayern.gew.de**

Wir hoffen damit einen Weg zu öffnen, auf dem leicht, schnell und mit geringem Aufwand Informationen, Argumente und Meinungen zu allen aktuellen wie auch grundsätzlichen Fragen ausgetauscht werden können. Wir bieten also allen Mitgliedern an, von der Möglichkeit der Anmeldung zu diesem »Forum« Gebrauch zu machen.

Wolfram Bundesmann

(Geschäftsführer)

Impressum:

DDS • Die Demokratische Schule • **Herausgeber:** Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) im DGB, Landesverband Bayern, Geschäftsstelle: Schwanthalerstr. 64, 80336 München, ☎ 0 89-5440810 • Fax: 0 89-5 38 94 87 • e-mail: info@bayern.gew.de

Redaktionsleiterin: Karin Just, Heimeranstr. 58, 80339 München oder über die Geschäftsstelle der GEW erreichbar • ☎ 0 89-51 00 91 02 • Fax: 089-5389487
e-mail: Karin.Just@t-online.de und KJ@bayern.gew.de

Redaktionelle MitarbeiterInnen: Verena Escherich, Gerhard Endres, Johannes Glötzner, Hannes Henjes, Gele Neubäcker, Inge Poljak, Ute Schmitt, Ernst Wilhelm.

Gestaltung: Karin Just

Bildnachweis (nur soweit nicht an Ort und Stelle berücksichtigt): Titel: Manfred Vollmer

Druck: Druckwerk GmbH, Schwanthalerstr. 139, 80339 München, ☎ 0 89-5 02 99 94

Anzeigenannahme: über die Redaktionsleitung

Anzeigenverwaltung: Druckwerk GmbH, Schwanthalerstr. 139, 80339 München,

☎ 0 89-5 02 99 94, e-mail: team@druckwerk-muenchen.de

Zur Zeit ist die Anzeigenpreisliste Nr. 12 vom 1.1.2003 gültig.

Mit Namen oder Namenszeichen gekennzeichnete Beiträge stellen die Meinung der betreffenden VerfasserInnen dar und bedeuten nicht ohne weiteres eine Stellungnahme der GEW Bayern oder der Redaktion. Für unverlangt eingesandte Manuskripte und Druckschriften wird keine Gewähr übernommen. Bei allen Veröffentlichungen behält sich die Redaktion Kürzungen vor. Der Bezugspreis ist für GEW-Mitglieder des Landesverbandes Bayern im Mitgliedsbeitrag inbegriffen. Der Bezugspreis für Nichtmitglieder beträgt jährlich 21,- EUR zuzüglich Porto, der Preis der Einzelnummer 2,50 EUR zzgl. Porto.

Die DDS erscheint monatlich mit Ausnahme von Januar und August.

Adressenänderung: Ummeldungen bitte an die Landesgeschäftsstelle der GEW.

Redaktions- und Anzeigenschluss: jeweils am 6. des Vormonates

Ab _____ gilt folgende Änderung (meiner Adresse, Bankverbindung, Eingruppierung, Beschäftigungsart, Teilzeit, Erziehungsurlaub, Arbeitsstelle, GEW-Funktion ...)

Name:

Mitgliedsnummer:

Änderung:

Bitte zurück an GEW Bayern, Schwanthalerstr. 64, 80336 München
Grundsatz aller Gewerkschaften: Wer weniger verdient, zahlt weniger Beitrag (wenn es uns mitgeteilt wird!). Wer unter dem satzungsgemäßen Beitrag liegt, verliert seinen gewerkschaftlichen Rechtsschutz!



Widerstand war erfolgreich:

Es gibt sie noch, die Schulsozialarbeit in Augsburg!

Kurz vor der Kommunalwahl 2002 fand in Augsburg (noch unter alter schwarzer Stadtregierung) eine Stadtrats-sitzung im Rathaus statt, die für die Schulsozialarbeit in der Stadt weitreichende Folgen haben sollte.

Was war passiert?

19 SchulsozialarbeiterInnen arbeiteten damals an Augsburger Schulen. Sie waren im Rahmen eines Modellprojektes, finanziert von der Bundesanstalt für Arbeit, eingestellt worden. Diese Finanzierung sollte – wie es Modellprojekten so eigen ist – auslaufen. Der Freistaat Bayern sah sich für eine Weiterführung des Projektes nicht in der Verantwortung. Und so wollte die Augsburger CSU-Stadtregierung still, heimlich und leise die pädagogisch wertvolle, vertrauensvoll aufgebaute Schulsozialarbeit aus der Stadt Augsburg verschwinden lassen.

GEW organisiert Widerstand

Die GEW Augsburg bekam davon Wind und entschloss sich, dagegen Widerstand zu organisieren. Eine entsprechende Information ging an alle Schulen. Die GEW führte eine Podiumsdiskussion durch. Unterschriften wurden gesammelt. Zu einem Informationsstand der GEW vor dem Rathaus wurden alle Interessierten eingeladen. Und sie kamen tatsächlich! So zahlreich war die Beteiligung, dass der noch amtierende Oberbürgermeister Menacher konsterniert eine »unangemeldete Demo« feststellen musste. Politisch wirksamster Höhepunkt der Aktion war vermutlich, dass 200 SchülerInnen, LehrerInnen und Eltern die folgende Stadtrats-sitzung besuchten und dort ihre Forderung nach Erhalt der Augsburger Schulsozialarbeit unabweisbar vortrugen. Dem Stadtrat blieb nichts anderes übrig, als darauf hin sei-

ne Tagesordnung zu ändern und sich – mitten im Wahlkampf – eine eineinhalbstündige heftige Redeschlacht zum Thema Schulsozialarbeit zu liefern. Darin bekundeten alle die Notwendigkeit der Schulsozialarbeit. Und es wurde beschlossen, einen »Runden Tisch« zum Thema Schulsozialarbeit einzurichten. Dies allein wäre aber nur ein kleiner und möglicherweise vorübergehender Erfolg gewesen. Denn die Verantwortung für die Finanzierung der Schulsozialarbeit wurde weiter munter hin und her geschoben, so dass eine Lösung nicht in Sicht kam.

Neuer Stadtrat gibt Impulse für kooperative Finanzierung

Aber nach den Kommunalwahlen gab es in Augsburg eine andere Mehrheit im Stadtrat mit der Folge, dass die Stadt seitdem von einer sogenannten Regenbogenkoalition regiert wird.

Auf Vorschlag des neuen Bildungs- und Schulreferenten Sieghard Schramm (SPD und (!) GEW) beschloss der neue Stadtrat, Schulsozialarbeit an den öffentlichen Schulen in der Stadt Augsburg finanziell abzusichern und hierfür einen jährlichen Betrag von 400.000 Euro zur Verfügung zu stellen.

Angesichts der desolaten Finanzlage der Kommunen war dies ein klares und konkretes Bekenntnis zu Schulsozialarbeit. Augsburg war damit die erste Stadt Bayerns, die dem Freistaat eine Kooperation mit 50%-igem Kostenanteil anbot. »Es ist zwingend erforderlich, eine nahtlose Fortsetzung der Schulsozialarbeit ab September 2002 zu gewährleisten,« forderte Bildungs- und Schulreferent Sieghard Schramm. Dies geschah vor dem Hintergrund, dass sich die Stadt Augsburg für außerschulische Betreuung von Kindern und Jugendlichen im Rahmen der Jugendhilfe sehr wohl



in der Pflicht sah. Dennoch steht Augsburg im Konsens mit allen anderen Kommunen nach wie vor zu der Auffassung, dass Schulsozialarbeit eine rein staatliche (Pflicht-)Aufgabe des Freistaats Bayern ist.

Im Schulerschluss mit verschiedenen freien Trägern der Jugendhilfe, des Arbeitsamts Augsburg sowie in einem Fall über Firmensponsoring (Friedrich-Ebert-Hauptschule) war es möglich, 15 von 19 Stellen für Schulsozialarbeit finanziell abzusichern. Dauerhaft abgesichert sind zur Zeit jedoch nur zwei Stellen über das Förderprogramm des Bayerischen Staatsministeriums für Arbeit und Sozialordnung, Familie und Frauen (Löweneck-Volksschule, Herrenbach-Hauptschule). Zwei weitere Stellen sind zumindest bis 2006 über Fördermittel aus dem Europäischen Sozialfonds abgesichert (Hauptschule Vor dem Roten Tor, Hans Adlhoch Volksschule). Ebenfalls dauerhaft abgesichert gilt mit Hilfe des Evangelischen Kinder- und Jugendzentrums die Werner-von-Siemens-Hauptschule. An drei Berufsschulen werden befristet für dieses Schuljahr 3 1/2 Planstellen aus Mitteln des Arbeitsamts Augsburg finanziert.

Wie soll's nächstes Jahr weitergehen?

Das Bayerische Staatsministerium für Arbeit und Sozialordnung, Familie und Frauen weist darauf hin, dass auch ab Januar 2004 wieder 32 Stellen der Schulsozialarbeit bayernweit (!) gefördert werden sollen. Hierbei sollen »Projekte, die den konzeptionellen Schwerpunkten der Jugendsozialarbeit an Schulen entsprechend angepasst wurden, jedoch in ihrer Existenz gefährdet sind, vorrangig finanziell abgesichert werden«. (Das waren dann doch alle!)

Der Vorstand des Bayerischen Städtetags lehnt die Förderrichtlinie »Jugendsozialarbeit an Schulen« ab und begründet dies damit, dass der Freistaat Bayern sich seiner Verantwortung zum Auf- und Ausbau der Schulsozialarbeit zu Lasten der Kommunen entziehen will. Der Freistaat wird aufgefordert, eigenes sozialpädagogisches Personal einzustellen. In einer Stellungnahme zum Entwurf dieser Förderrichtlinie bekräftigt die Stadt Augsburg nochmals, dass die Zuweisung von bislang nur zwei Stellen für Augsburg durch das Sozialministerium völlig unzureichend ist. Im Haushalt der Stadt Augsburg für das Jahr 2003 sind für Schulsozialarbeit 400.000 Euro veranschlagt, ein zahlenkräftiges Argument gegenüber dem Freistaat Bayern für eine Ausweitung der geforderten Stellen in Augsburg.

Das Aktionsbündnis »Schulsozialarbeit – jetzt« (LehrerInnen, Eltern, SchülerInnen in Augsburg, Augsburg Land, Kreis Aichach-Friedberg) bereitet mit einer groß angelegten Unterschriftenkampagne eine Petition zur dauerhaften finanziellen Sicherung von Schulsozialarbeit beim Bayerischen Landtag vor. Eine bayernweite Bündelung aller Kräfte ist dringend erforderlich, um den Freistaat in seine Verantwortung zu zwingen.

von Ulrike Bahr

Hauptschullehrerin und
Vorsitzende der GEW Augsburg
Tel. und Fax: 08 21-51 58 13



Feurio!!! Feurio!!! Feurio!!!

Obwohl es brennt: Schulsozialarbeit – bitte nur auf Abruf!

Schulsozialarbeit ist seit Erfurt, spätestens aber seit PISA, in aller Munde. Immer mehr SchulleiterInnen, nicht nur so genannter »Brennpunktschulen«, rufen nach der (sozial-)pädagogischen Feuerwehr: Ein »Sozial-Fuzzi« muss her!

Feuerwehr? Sozial-Fuzzi? Aufrechte SozialpädagogInnen werden bei solchen Worten aufgebracht. Mit Recht! Aber wenn man sieht, unter welchen Bedingungen sozialpädagogische Kolleginnen und Kollegen an den Schulen zum Einsatz kommen, sind diese Worte bittere Ironie.

Rufbereitschaft zum Sondertarif

Am liebsten wäre den Verantwortlichen nämlich eine »Freiwillige Feuerwehr«. Einsatzfreudige Fachkräfte, die da sind, wenn man sie braucht – und sonst eben nicht. Professionelle Hilfe, die nur fallweise Kosten verursacht – und sonst eben nicht.

Und während es so vor sich hin kokelt und brennt, streiten sich die Mieter des Hauses: Der Bayerische Städtetag mit dem Bayerischen Staatsministerium für Unterricht und Kultus und dem Sozialministerium. Wer bezahlt »die Feuerwehr«? Man schiebt den schwarzen Peter hin, man schiebt ihn her. »Du hast die Helfer gerufen!« »Aber es brennt doch in Deinem Haus!«. Die Kommunen plagen sich gewiss redlich, aber die finanzielle Kraft reicht nicht. Deswegen erinnert man sich – hoffentlich arbeitsamtversichert – an die »ABM-Wehr«. Also, der Sozialpädagoge ist schon mal gesichert. Der wird per Antrag beim Arbeitsamt bestellt. Gesagt, getan. Und wenn an zwei Schulen die Sirenen losgehen, müssen auch gleich zwei Brandherde gelöscht werden. »Lieber Feuerwehrmann, hier hast du einen Eimer. Mach ihn immer randvoll mit Engagement, kipp' ihn hier ins Feuer und renne dann dorthin, um da dasselbe zu tun.« Natürlich macht er das, auch ohne große finanzielle Mittel, ohne Budget und ohne zu murren. Ein Büro oder ein Sprechzimmer? Das wird nicht benötigt und ist zu teuer. Außerdem ist der ja eh' ständig unterwegs und im Lehrerzimmer ist ja noch Platz. In den Ferien, wenn es in der Schule nicht brennt, schicken wir den »Fuzzi« wieder aufs Arbeitsamt. Der kommt wieder, wenn es brennt. Die sind so. Und wenn wir ihn über die Ferien einstellen, was dann? Dann muss vorgearbeitet werden. Es wird emsig gerechnet: Ergebnis: 46-Stunden-Woche. Wie die abgeleistet wird? Muss er selber wissen. Sei kreativ, Sozial-Fuzzi! Es gibt nämlich keine Fachaufsicht, die sich verantwortlich fühlt. Aber die Stunden müssen sein.

Wisch und weg

Und der ABM-ler? Ehe man sich versieht, sind zwei Jahre vorbei und man stellt fest: Nun müssen Nägel mit Köpfen gemacht werden. Nach dem dritten ABM-Jahr kommt –



richtig: die Festanstellung. Denkste! Was denn dann? Da gibt es verschiedene Möglichkeiten: Die einen Schulen brauchen auf einmal keine Hilfe mehr! Ende der Maßnahme. Der Städtetag hat ja gesagt: »Stellt bloß keinen Schulsozialarbeiter an, solange das Land nicht zahlt!«. Sie folgen also kopfnickend und schütteln dem Kollegen zum Abschied freundlich die Hand. So was nennt man dann »Protest gegen die starrköpfige Haltung des Freistaates«. Soziale Verantwortung kann so bequem abgelegt und gut hinter Beschlüssen und Hinweisen auf die in der Tat katastrophale finanzielle Lage der Gemeinden versteckt werden. Mühsame Aufbauarbeit geht verloren, Kontakte zu Einrichtungen und Behörden reißen für die Schule ab. Die hochgepriesene »innere Schulentwicklung« wird gebremst. Das Schlimmste: Die Jugendlichen verlieren eine für viele Belange wichtige Bezugsperson, einen, der endlich für sie da war. Das Resultat bekommen aber nicht nur die »Kids« zu spüren und das Geschrei wird wieder groß.

Andere bitten einen privaten Träger, den Arbeitnehmer zu übernehmen und der Schule wieder auszuleihen. Gemäß dem Motto »Oh, heiliger Sankt Florian.....«. Die Privaten wissen nämlich zur Not schon, wohin mit dem Sozialpädagogen, falls es keine Gelder mehr gibt. Außerdem können die ihm weniger zahlen. Er ist nämlich draußen aus dem öffentlichen Dienst.

Wer trägt das Risiko?

Nur wenige Mutige wagen den Schritt: Festanstellung, finanzieren gar selber, weil sie erkannt haben, dass Schulsozialarbeit sich rechnet. Brände kann man nämlich auch verhüten.

Wieder andere öffnen neue Töpfe, den Europäischen Sozialfonds für eine Praxisklasse zum Beispiel. Dieser wird voraussichtlich bis 2006 jährlich ausgeschüttet. Aber, wer weiß, ob es nächstes Jahr wieder eine Praxisklasse gibt? Selbst wenn sie laut Bayerischem Staatsministerium für Unterricht und Kultus ein »Erfolgsmodell« ist. In einem solchen Falle also: befristete Einstellung. Jahr für Jahr. Das heißt für den »Feuerwehrmann«: Jedes Jahr neues Bangen und die immer wiederkehrende Frage: Kann man sich wirklich dies oder jenes leisten, dorthin in den Urlaub fahren? Kommt nach

den Sommerferien wieder Gehalt, oder Arbeitslosenhilfe? Neuerdings vielleicht auch gleich Sozialhilfe? Was geschieht mit der Rentenzusatzversicherung, wie bezahlt man die Krankenzusatzversicherung? Egal! Der nächste befristete Vertrag kommt ja bestimmt. Das kann man sicherlich auch seiner Bank durchaus glaubwürdig versichern.

Feuerwehrmänner und -frauen gelten nach den Anschlägen auf das World-Trade-Center unangefochten als Helden. Diese Bezeichnung für an Schulen arbeitende Kolleginnen und Kollegen einzufordern wäre zugegebenermaßen vermessen. Laut einer Zeitschriften-Umfrage wird der Feuerwehr das größte Vertrauen entgegengebracht, und sie ist

deswegen auch beliebt. Es wäre schön, wenn wir SchulsozialarbeiterInnen Ähnliches zu spüren bekämen. Denn die bayerischen Schulen brauchen eine »Feuerwehr«. Eine professionelle, sozialpädagogische und - natürlich - festgestellte! Am besten aber eine, die präventiv tätig wird.

von Wolfgang Habberger

Schulsozialarbeiter in Fürth und der Feuerwehrmann auf der vorigen Seite e-mail: habsab@planet-interkom.de

Der Artikel schildert kein Einzelschicksal, sondern er stellt die Summe gemeinsamer Erfahrungen dar, welche die Besetzung des Feuerwehr-Löschzugs »Arbeitskreis Schulsozialarbeit Nordbayern« erleiden muss.

Impressionen von der Demonstration gegen Sozialabbau am 24. Mai in Nürnberg



Tausende Kolleginnen und Kollegen aller Gewerkschaften, die mit Zug und Bussen aus ganz Bayern angereist waren, protestierten am 24. Mai in Nürnberg gegen die Pläne der Bundesregierung, mit der sogenannten »Agenda 2010« Sozialabbau auf Kosten der Schwächsten der Gesellschaft zu betreiben, während sowohl Arbeitgeber als auch Vermögende immer mehr aus ihrer sozialen Verantwortung entlassen werden. Auch Kolleginnen und Kollegen der GEW haben sich beteiligt.

Auch Widersprüche trafen aufeinander

Angst ist ein selbstverständlicher »Begleiter«

Erwartungen von SchülerInnen und LehrerInnen an die sozialpädagogische Profilbildung der Schule

Die Notwendigkeit der Kooperation von Schule und Jugendhilfe ist heute weitgehend anerkannt¹⁾, aber die Art der Zusammenarbeit ist immer noch eher unklar. Als Beitrag zur empirischen Beantwortung dieser Frage wollen wir ausgewählte Befunde einer Befragung an Sekundarschulen im Norden von Sachsen-Anhalt vorstellen. Befragt wurden an 36 Sekundarschulen im Sommersemester 1999: 208 LehrerInnen und im Sommersemester 2000: 1.498 SchülerInnen (weiblich (w): 48,7 Prozent; männlich (m): 51,2 Prozent).

Einschätzungen von Unterricht und Schulklima

Da die Heranwachsenden einen großen Teil ihrer Zeit in der Schule verbringen, ist die Schul(un)zufriedenheit ein relevanter Teil ihrer Lebens(un)zufriedenheit. Zur Schule gehen 26,3 Prozent immer/meistens gern, 53,7 Prozent sagten »das ist sehr unterschiedlich« und 20,0 Prozent gehen meistens/überhaupt nicht gern in die Schule.

Eindeutig zufrieden mit der Schule äußert sich also etwas mehr als ein Viertel aller befragten SchülerInnen (w: 26,5 Prozent; m: 26,2 Prozent). Mehr als die Hälfte bekundet ein ambivalentes Verhältnis, wobei hier die Mädchen eindeutig überwiegen (60,1 Prozent) gegenüber den Jungen (47,6 Prozent). Insgesamt muss es bedenklich stimmen, dass immerhin ein Fünftel aller befragten SchülerInnen nicht gern die Schule besucht, darunter doppelt soviel Jungen (26,2 Prozent) wie Mädchen (13,4 Prozent), wobei die Schulzufriedenheit mit steigender Klassenstufe abnimmt.

Bei der »Attraktivität« der Schule steht an 1. Stelle unangefochten das Treffen mit Freundinnen/Freunden (74,4 Prozent), danach folgen der Unterricht (11,1 Prozent), Freizeitangebote (8,4 Prozent) und schließlich Arbeitsgemeinschaften (5,8 Prozent), wobei mit zunehmendem Alter die Bedeutung des Unterrichts tendenziell abnimmt.

Unter geschlechtsspezifischem Aspekt sind es etwas mehr Jungen (11,8 Prozent) als Mädchen (10,2 Prozent), bei denen der Unterricht Priorität hat.

Diese Bewertung zeigt, dass die Schule für die Heranwachsenden primär einen Ort des Zusammentreffens mit Gleichaltrigen darstellt, wo soziale Bedürfnisse/Interessen und Freundschaften im Vordergrund stehen. Zugleich werfen die Daten unabweisbar die Frage auf, warum der Unterricht (aus der Perspektive vieler LehrerInnen das Zentrum des eigentlichen Schulgeschehens!) auf die Einstellung und Bewertung der Lernsubjekte so wenig Anziehungskraft ausübt.

Dazu gibt Rangliste 1 (siehe Kasten) ein komplexes und differenziertes Bild:

¹⁾ vgl. z.B. Elfter Kinder- und Jugendbericht 2002, S. 114 u. 161 ff

Rangliste 1: Schulklima

»Wie verstehst du dich mit den anderen SchülerInnen?«

- mit den meisten ganz gut: 59,8 Prozent
- mit einigen gut, mit anderen nicht so gut: 36,5 Prozent
- mit den meisten nicht gut: 3,7 Prozent

»Gibt es Konflikte in deiner Klasse?«

- sie sind mal größer, mal kleiner: 47,8 Prozent
- sie sind gering: 41,6 Prozent
- gar keine: 5,8 Prozent
- sie sind schon ziemlich groß: 4,9 Prozent

»Gibt es Konflikte mit SchülerInnen der anderen Klassen?«

- sie sind gering: 46,4 Prozent
- sie sind mal größer, mal kleiner: 30,8 Prozent
- gar keine: 16,9 Prozent
- ziemlich groß: 6,0 Prozent

»Gibt es Konflikte mit den LehrerInnen?«

- selten: 42,3 Prozent
- manchmal: 30,9 Prozent
- gar keine: 16,9 Prozent
- häufig: 9,8 Prozent

»Es gibt immer Situationen, vor denen man Angst hat.

Wovor hast du besonders Angst?«

- vor Prüfungen: 53,3 Prozent
- vor Klassenarbeiten: 30,4 Prozent
- keinen Ausbildungsplatz zu bekommen: 27,5 Prozent
- vor der Zukunft: 13,2 Prozent
- von den Mitschülern nicht anerkannt zu werden: 6,6 Prozent
- vor bestimmten LehrerInnen: 5,2 Prozent
- vor bestimmten Schülern: 4,5 Prozent
- vor bestimmten Schülerinnen: 1,6 Prozent
- ganz allgemein vor der Schule: 1,5 Prozent

»Hast du Angst vor Gewalt, dass du körperlich verletzt wirst oder dass du beschimpft und beleidigt wirst?«

- überhaupt nicht: 33,8 Prozent
- selten: 35,7 Prozent
- manchmal: 24 Prozent
- häufig: 6,4 Prozent

Insgesamt sind die unmittelbare Verständigungsbereitschaft recht hoch und das offen thematisierte Konfliktpotenzial eher gering (auch in Bezug auf die Gewalt), wobei aber das Maß der versteckten und z.T. psychodynamisch abgewehrten Aggressivität nicht unterschätzt werden darf (es ist bei Jungen insgesamt höher als bei Mädchen und nimmt in den höheren Klassen ab).

Die Konflikte mit LehrerInnen halten sich ebenfalls in merklichen Grenzen, sie nehmen aber mit steigender Klassenstufe zu und finden sich häufiger bei den Jungen (13,1 Prozent) als bei den Mädchen (6,3 Prozent).

Dass man die Befragungsergebnisse zur Konflikthaftigkeit der schulischen Sozial- und Lernbeziehungen nicht zu positiv deuten darf, zeigen insgesamt die Antworten auf die Frage »Wenn es Konflikte in der Schule gibt, mit wem sprichst du darüber« (Mehrfachnennungen):

- mit Eltern: 64 Prozent,
- mit Freundin: 53,1 Prozent,
- mit Freund: 48,2 Prozent,

- mit LehrerIn, dem/der ich vertraue: 15,1 Prozent,
- mit KlassenlehrerIn: 15 Prozent,
- mit DirektorIn: 7,5 Prozent,
- mit KlassensprecherIn: 5,6 Prozent
- mit der Schülervertretung: 1,1 Prozent.

Hieraus wird ersichtlich, dass schulische Konflikte überwiegend im privaten Bereich mit den Eltern und FreundInnen beredet werden; dem gegenüber spielen Formen der institutionellen Konfliktbewältigung/-bearbeitung (KlassensprecherInnen/Schülervertretung) eine randständige Rolle.

Auch die Positionen der KlassenlehrerInnen, anderer LehrerInnen des Vertrauens sowie der DirektorInnen sprechen nicht dafür, dass anspruchsvolle Konfliktregelungen und -verfahren im Schulalltag verankert sind, in denen die Rationalität, Motivationalität und Legitimität von Interessen und Bedürfnissen geklärt und »faire Kompromisse« ausgehandelt werden.

Angst wird unzureichend erkannt

Für die große Mehrheit der SchülerInnen ist Angst ein selbstverständlicher »Begleiter« ihres schulischen Alltagslebens. Das wird von den LehrerInnen nur sehr unzureichend erkannt, denn auf die Frage »Welche Bedeutung haben folgende psychosoziale Problemlagen für das Schulleben und den Unterricht (Skala von 0 = gar keine Bedeutung bis 4 = sehr wichtig)«, antworteten sie folgendermaßen (Mittelwerte):

- Konzentrationsschwächen (2.94);
- Schwatzen (2.46);
- Prüfungsängste (2.26);
- Aggressivität/Gewalt (körperlich/verbal) (2.24);
- Ängste allgemein (2.15);
- Hyperaktivität (1.81);
- Ausgrenzung von MitschülerInnen (1.71);
- Schulangst (1.63);
- Allgemeine Lebensangst (1.23);
- Ständiges Zuspätkommen (1.22);
- Genuss von Drogen/Psychopharmaka (1.13);
- Überzogene und selbstschädigende Lerneranstrengungen (0.81).

Eine Geschlechtsspezifität anerkannten 32,7 Prozent der LehrerInnen, 59,6 Prozent verneinten dies.

Auffällig ist hier, dass aus der Sicht der LehrerInnen vorrangig solche Problemlagen benannt und bewertet wurden, die die traditionelle Ordnung des Unterrichts stören (Konzentrationsschwächen, Schwatzen).

Erst in zweiter Linie wurden die psychischen Problemlagen genannt, die die Heranwachsenden selber artikulieren: Leistungsversagen, schlechte Noten/Zeugnisse, antizipierte schlechte oder nicht erreichbare Bildungsabschlüsse, unsichere Ausbildungs- und Berufsperspektiven einschließlich verunsicherter Zukunfts- und Lebensentwürfe sowie mangelnde Anerkennung durch andere. Diese Belastungskonstellation ist eine wesentliche Ursache für die Schulunzufriedenheit und für den geringen Stellenwert des Unterrichts aus der Perspektive der SchülerInnen.

Sozialpädagogische Profilbildung

Die Einschätzung der schulischen Erziehungswirklichkeit (besonders durch die Heranwachsenden) macht deutlich, dass es erheblicher pädagogischer und sozialer Qualitätssteigerungen des Unterrichts und des Schullebens bedarf, damit die Schule ihren gesellschaftlichen Funktionen und pädagogischen Erwartungen gerecht wird. Dazu kann und soll die sozialpädagogische Profilbildung beitragen.²⁾

Generell befürworteten in unserer Befragung 93,2 Prozent der LehrerInnen sozialpädagogische Angebote, bei 33,2 Prozent gab es früher solche und bei 23,6 Prozent sind solche vorhanden.

Diese generelle Perspektive der schulischen Qualitätsentwicklung lässt sich dank der in Rangliste 2 (siehe Grafik) dargestellten Befunde weiter ausdifferenzieren. Dabei ist zunächst hervorzuheben, dass die Divergenzen in den Schwerpunktsetzungen zwischen den SchülerInnen und LehrerInnen zum Ausgangspunkt von Verständigungsprozessen in der Schule gemacht werden wollten, wobei die SchülerInnen von Anfang an als gleichwertige GesprächspartnerInnen einzubeziehen sind.

Übergreifend lassen sich folgende Schwerpunkte ausmachen:

(a) Für die SchülerInnen haben die Suche nach einem Ausbildungsplatz und die Berufsorientierung allerhöchste Priorität, während sie bei den LehrerInnen nur Platz 6 und 7 einnehmen. Damit unterschätzen die LehrerInnen offensichtlich die biografische Bedeutung der Berufsfindung für die Heranwachsenden. Dieser Aufgabenkomplex ist gemeinsam anzugehen, indem die Verbindung von allgemeiner und beruflicher Bildung zu einem mehrperspektivischen und integrativen Ansatz gemacht wird.

(b) Die Heranwachsenden wollen, dass die Schule zu ihrem Lebens- und Lernort wird (vgl. Plätze 4, 5, 7, 8, 9 und 11). Die LehrerInnen hingegen bewerten diesen Komplex als weniger wichtig (Platz 11, 12 und 14) und betonen vielmehr den Bereich des sozialen Lernens (Platz 4, 5 und 13). Beide Sichtweisen lassen sich jedoch verschränken, wenn die Gestaltung der Schule als angemessener Arbeits- und Lernort verbunden wird mit der Einrichtung und Erweiterung der innerschulischen Gestaltungs- und Mitbestimmungsmöglichkeiten, die den SchülerInnen soziale Verantwortungsübernahme gewähren und somit soziales Lernen in seiner ganzen Spannweite nahe legen.

(c) Die höchst unterschiedliche Bewertung der Einzelfallhilfe (LehrerInnen Rang 1, SchülerInnen Rang 6) bringt die Differenz in den pädagogischen Perspektiven besonders prägnant zum Ausdruck – die SchülerInnen sind hier die jeweils potenziell Betroffenen.

Diese Divergenz kann dann produktiv bearbeitet werden, wenn die Ursachen der jeweiligen fallspezifischen sozialen und psychodynamischen Problemverdichtungen (wel-

²⁾ vgl. zur ausführlichen Begründung unseres Verständnisses von sozialpädagogischer Profilbildung und Schulsozialarbeit: K.-H. Braun/K. Wetzel: Sozialpädagogisches Handeln in der Schule. Einführung in die Grundlagen und Konzepte der Schulsozialarbeit, Neuwied, Kriftel, 2000, Kap. 1.3 und 2

Rangliste 2: Gewünschte Schwerpunkte der sozialpädagogischen Profilbildung

| SchülerInnen | | Rang-Differenz | | LehrerInnen | |
|--------------|--|----------------|-----|---|------|
| 3.30 | Hilfe bei der Suche nach einem Ausbildungsplatz | 1. | 1. | Einzelfallhilfe für Kinder in schwierigen Lebenssituationen | 3.51 |
| 3.16 | Hilfe bei der Berufsfindung | 2. | 2. | Kulturelle Bereicherung des Schulumfeldes | 3.03 |
| 3.09 | Projekte | 3. | 3. | Kooperation mit anderen Organisationen | 3.00 |
| 3.07 | Sportangebote | 4. | 4. | Unterstützung bei Projekten des sozialen Lernens | 2.90 |
| 2.97 | Schülercafé | 5. | 5. | Beratung/Unterstützung von schwierigen Klassen in Konfliktsituationen | 2.81 |
| 2.70 | Hilfe für Kinder/Jugendliche in schwierigen Lebenssituationen | 6. | 6. | Hilfe bei der Suche nach einem Ausbildungsplatz | 2.79 |
| 2.70 | besondere Angebote für die Pausen | 7. | 7. | Hilfe bei der Berufsfindung | 2.78 |
| 2.69 | Gestaltung der Klassenzimmer, Flure und Wände, des Schulgeländes, damit die ganze Schule gemühtlicher wird | 8. | 8. | Projektwochen | 2.68 |
| 2.42 | Spiele | 9. | 9. | Hausaufgabenhilfe | 2.56 |
| 2.33 | Zusammenarbeit mit Organisationen außerhalb der Schule | 10. | 10. | Lernstuben | 2.42 |
| 2.31 | Schulclub | 11. | 11. | Pausengestaltung | 2.36 |
| 2.28 | Beratung von einzelnen Klassen, wo es große Probleme gibt | 12. | 12. | Klassenfahrten | 2.06 |
| 2.14 | Hausaufgabenhilfe | 13. | 13. | Integration der Kinder von Ausländern | 2.05 |
| 2.12 | Projekte zur gemeinsamen Lösung von Konflikten und Problemen | 14. | 14. | Spielstuben | 1.88 |
| 2.08 | Angebote speziell für Jungen/Jungengruppe | 15. | 15. | Jungenarbeit | 1.77 |
| 1.85 | Hilfe für die Integration von Kindern/Jugendlichen ausländischer Herkunft | 16. | 16. | Mädchenarbeit | 1.70 |
| 1.73 | Angebote speziell für Mädchen/Mädchengruppe | 17. | 17. | | |
| 1.65 | Aktivitäten im Umfeld der Schule | 18. | 18. | | |

Die SchülerInnen erhielten folgende Frage: »Nun haben wir eine Liste aufgestellt von Angeboten, die außerhalb des Unterrichts in einer Schule gemacht werden können. Dazu kannst du Punkte vergeben zwischen 4 = ganz wichtig bis 0 = überhaupt nicht wichtig.«

Die LehrerInnen erhielten folgende Frage, bei der sie auf einer Skala ihre Position einordnen sollten: »Welche Bedeutung geben Sie generell folgenden Angeboten der Schulsozialarbeit für die psychosoziale Problemlösungen und die Verbesserung des Schulklimas (Skala von 4 = sehr wichtig bis 0 = ganz unwichtig)?«

che die unmittelbare, sofortige Hilfe erfordern) in die Fallarbeit systematisch einbezogen werden (z.B. psychosomatische Beschwerden wegen Prüfungsängsten). Es müssten zudem aus den dabei gewonnenen Erkenntnissen präventive Schlussfolgerungen gezogen werden und zwar in Bezug auf die außerschulischen Lebensbedingungen (z.B. Bewältigung von Stresssituationen) einerseits und die innerschulischen Lern- und Arbeitsverhältnisse andererseits (z.B. entwicklungsangemessene Bewertungsformen der Lernprozesse und -ergebnisse).

(d) Bemerkenswert ist, dass die SchülerInnen ihre Wünsche und Ideen auf den Binnenraum der Schule konzentrieren, während die LehrerInnen auch das Schulumfeld und den kommunalen Sozialraum mit einbeziehen (Platz 2 und 3, bei den SchülerInnen 10 und 18).

Hierin liegt ein noch auszuschöpfendes Potenzial zur lokalen Mitgestaltung und Verantwortungsübernahme, wenn in entsprechenden Projekten und im alltäglichen Unterrichtsgeschehen die Schule ihre analytischen Kompetenzen dem Gemeinwesen zur Verfügung stellt (z.B. mit der Situationsanalyse von Ausbildungsmöglichkeiten in der Gemeinde) und die entsprechenden Ergebnisse innerhalb und außerhalb der Schule mit Interessierten und Verantwortlichen diskutiert werden.

(e) Von beiden Gruppen wird der Stellenwert einer geschlechtsspezifischen Erziehung deutlich unterschätzt (LehrerInnen Rang 15 und 16; SchülerInnen 15 und 17). Nun kann es nicht darum gehen, den Beteiligten einen »gender mainstream« oder eine feministische Sichtweise überstülpen zu wollen. Aber erforderlich wird eine Sensibilisierung für die Herausbildung von geschlechtsspezifischen Lebensentwürfen und Identitäten und für die Bedeutung schulischer Lernkulturen in diesen Prozessen sein.

Entsprechende Projekte können zugleich die Geschlechterdemokratie in den Blick nehmen, indem entwicklungssoffene, nicht-stereotype Sicht- und Verhaltensweisen für das eigene Frau- bzw. Mann-Sein entwickelt und erprobt werden als Teil einer egalitären Vielfalt der Lebensweisen und Lebenswelten.

von **Karl-Heinz Braun und Konstanze Wetzel**



Dr. Karl-Heinz Braun ist Professor für Sozialpädagogik/Erziehungswissenschaften am Fachbereich Sozial- und Gesundheitswesen der Hochschule Magdeburg-Stendal.

Dr. phil. Konstanze Wetzel ist Dozentin am Studiengang Sozialarbeit der Fachhochschule Technikum Kärnten.



Wir danken der Zeitschrift **SOZIALEXTRA** für die Nachdruckgenehmigung.

Schulverweigerer?

Eine Rezension von Hermann Rademacker

Die Untersuchung, über die hier berichtet wird, fand im Rahmen der wissenschaftlichen Begleitung des Modellprogramms »Arbeitsweltbezogene Jugendsozialarbeit 1998 – 2002« statt. Sie bezieht auch Projekte außerhalb des Programms ein, die sich für noch schulpflichtige Jugendliche geöffnet haben, die die Schule schon meist über längere Zeit nicht mehr besuchten. Daneben finden sich auch Beispiele für Projekte in Schulen, die durch Arbeitsweltbezüge und sozialpädagogische Unterstützung versuchen zu verhindern, dass Jugendliche aus der Schule herausfallen.

Dieses Untersuchungsfeld ist hochinteressant:

- Es handelt sich um einen sehr jungen Bereich unseres Bildungswesens, wo ernsthaft versucht wird, eine Brücke zwischen schulischer Bildung und den dramatisch veränderten Anforderungen der modernen Arbeitswelt zu schaffen.
- Die hier entwickelte Vielfalt der Verbindung schul- und sozialpädagogischer Arbeitsformen mit einer Öffnung der Schule zur Arbeitswelt ist beispielhaft für einen aktuellen Entwicklungsbedarf des Regelschulwesens – und dies keineswegs nur im Hinblick auf sozial benachteiligte und von sozialer Ausgrenzung bedrohte Jugendliche.

Projekte der Jugendhilfe haben die sog. »Schulverweigerer« in Deutschland zum bildungspolitischen Thema gemacht. Im Bericht zum Forschungsstand begründen die Autorinnen ihre berechtigten Zweifel an der These, »Schulverweigerung« nehme in Deutschland zu und habe erst in jüngster Zeit ein dramatisches Ausmaß erreicht (S. 31-34). Erst für das Schuljahr 2001/02 gibt es in Deutschland ernst zu nehmende aktuelle Daten zum Umfang von Schulversäumnissen. Die wenigen Vergleichsmöglichkeiten mit älteren Daten liefern keinerlei Hinweis auf eine Zunahme.

Das Lamento über die Zunahme von »Schulverweigerern«¹⁾ ist deshalb kaum aus einer veränderten Realität zu begründen. In der Vergangenheit sind Schulversäumnisse weitgehend als Schritte in einem Prozess geduldeter Ausschulung von den Schulen toleriert worden. Das belegen die Auskünfte jedenfalls derjenigen Jugendlichen, die in den Projekten der Jugendhilfe aufgefangen wurden und die deshalb im Rahmen der Untersuchung befragt werden konnten. In den Berichten der Jugendlichen finden sich kaum Beispiele dafür, dass die Schulen einer solchen Entwicklung wirksamen Widerstand entgegengesetzt hätten, und wenn Maßnahmen ergriffen wurden, sind sie eher kontraproduktiv einzuschätzen (S. 183).

Die außerschulischen Angebote der Jugendhilfe für diese Jugendlichen sind allerdings, das muss kritisch angemerkt werden, die ausgrenzendste der Form von Beschulung, die

es in unserem Schulwesen gibt. Hier hat sich eine Form der Sonderbeschulung entwickelt, für die der Zugang in keiner Weise kontrolliert ist. Die Reintegration dieser Jugendlichen in Regelschulen ist keineswegs immer das ernsthaft verfolgte Ziel der Projekte – hier wirkt an manchen Stellen eine traditionell schulkritische Haltung der Jugendhilfe fort, von der nicht in jedem Fall sicher ist, dass sie den betroffenen Jugendlichen hilft. Dies betrifft auch den Begriff der »Schulverweigerung«, der den Jugendlichen eine von ihnen selbst zu verantwortende Entscheidung zuschreibt. Mit der Analogie zur grundgesetzlich geschützten Wehrdienstverweigerung wird für diese Entscheidung zudem eine Legitimität in Anspruch genommen, die zumindest fragwürdig ist, denn sie leugnet die emanzipatorische Funktion, die Schule gerade auch für diese Jugendlichen haben kann. Diese schulkritische Tendenz schlägt sich sogar in den Antworten der Jugendlichen nieder, die Ursachen für ihren Ausstieg aus der Schule vor allem in der Schule, ihren Beziehungen zu Lehrern und Mitschülern sowie in schlechten Schulleistungen sehen – Jugendliche mit einer oder mehr Klassenwiederholungen stellen einen hohen Anteil (S. 154-162) – während Belastungen in den eigenen Lebensverhältnissen kaum genannt werden. Dies steht im Widerspruch zum hohen Stellenwert, den sozialpädagogische Hilfen zur Bewältigung eines gerade für diese Jugendlichen schwierigen Alltags in der Arbeit der Projekte haben.

Diese Sichtweise auf das Phänomen gehäufter Schulversäumnisse, das sich in der Untersuchung von Maria Schreiber-Kittl und Haike Schröpfer dokumentiert, prägt auch weitgehend die aktuelle bildungs- und jugendhilfepolitische Debatte zum Thema. Auch wenn sie der kritischen Auseinandersetzung bedarf, ist sie legitim, denn sie ist die Sichtweise derjenigen, die sich dieser Jugendlichen angenommen haben, um ihrer drohenden gesellschaftlichen Ausgrenzung entgegenzuwirken. Eine Veränderung dieser Sichtweise ist dann zu erwarten, wenn Schule sich auch für diese Gruppe ganz überwiegend sozial benachteiligter Kinder und Jugendlicher in sozialpolitische Verantwortung begibt – und zwar weit über das hinaus, was in dieser Untersuchung an schulischen Anstrengungen zur Vermeidung von »Schulverweigerung« dokumentiert wird. Die Herausforderung, die darin für die Entwicklung unseres Bildungswesens liegt – das zeigen auch die Ergebnisse der PISA-Studie – geht weit über die Zielgruppe der Jugendsozialarbeit hinaus: Die Entwicklung von Arbeits- und Lebensweltbezügen schulischen Lernens ist eine zentrale Herausforderung aktueller Bildungsreform. Die Projekte der »Arbeitsweltbezogenen Jugendsozialarbeit« haben dafür eine Reihe von Anregungen zu liefern. Nicht nur, aber vor allem auch deshalb ist die Untersuchung von Maria Schreiber-Kittl und Haike Schöpfer für all diejenigen besonders lesenswert, die nicht hinnehmen mögen, dass es mit unserer Schule so weiter geht wie bisher.

Maria Schreiber-Kittl; Haike Schröpfer:

Abgeschrieben? Ergebnisse einer empirischen Untersuchung über Schulverweigerer, München 2002, DJJ-Verlag

¹⁾ wie es jüngst wieder vom Deutschen Lehrertag des VBE in die Republik getragen wird (vgl. SZ vom 17./18. Mai 2003)

Schulsozialarbeit: Kooperation ist nötig!

In Vorbereitung der Bundesfachtagung »Schulsozialarbeit - Impuls für die Bildungsreform?« sprachen wir mit Prof. Dr. Herbert Bassarak (OBIS e.V.) und Günther Schedel-Gschwendtner (GEW)

DDS: Welche Ziele verfolgt die Fachtagung Schulsozialarbeit?

PROF. DR. HERBERT BASSARAK: Junge Menschen benötigen in vielfältiger Form Beratung und Hilfe. Dieser gesellschaftliche Auftrag wird zwar vom Bundesgesetzgeber sowie von den Bundesländern gesehen, allerdings weder quantitativ noch qualitativ in der erforderlichen Form umgesetzt. Die Fachhochschulen bilden Diplom-SozialarbeiterInnen bzw. Diplom-SozialpädagogInnen aus, die sich als Fachkräfte für das Arbeitsfeld Jugendhilfe und Schule anbieten und qualifizieren. Gegenstand der Ausbildung ist die Herausbildung und Qualifizierung berufsspezifischer Handlungskompetenz. Ob eine Schule oder ein sozialer Dienst (z.B. Allgemeiner Sozialdienst) »effektiv« arbeitet, also die »richtigen« Dinge tut, und ihre Ressourcen »effizient« nutzt, also die Dinge »richtig« tut, ist im Interesse der Schülerinnen und Schüler jeweils kritisch zu hinterfragen. Die Kenntnis allein über das »richtige« Tun der »richtigen« Dinge bietet noch keine hinreichende Qualitätsgarantie, sondern setzt gerade in der Sozialen Arbeit berufliche Handlungskompetenz in Form von Fach-, Feld- und personaler Kompetenz voraus.

In der Praxis sind diese Kompetenzen oft unzureichend, ebenso mangelt es vielerorts an Kooperationsbereitschaft und Kooperationsfähigkeit der involvierten AkteurInnen, Rahmenbedingungen, Grundlagen, Strukturen und Verfahrensregelungen sind unklar. Schulsozialarbeit erfordert ein untereinander abgestimmtes partnerschaftliches Zusammenarbeiten sowie Arbeit mit dem gesamten Netzwerk. Und hierzu wollen wir ein Forum, eine Plattform schaffen, die ein Sich-kennen-lernen ermöglicht und intensiven interdisziplinären Austausch fördert.

Gewonnene Ergebnisse und Erfahrungen werden in einem Buch dokumentiert und der Erforschung des Managements von Kooperations- und Netzwerkbeziehungen im Arbeitsfeld Jugendhilfe und Schule dienen. Das Bayerische Sozialministerium und das Bayerische Kultusministerium zeigen großes Interesse an der Weiterentwicklung und Qualifizierung der Jugendsozialarbeit an Schulen und sind mit den ReferentInnen Karin Reiser und Dr. Helmut Wittmann auf der Bundesfachtagung Schulsozialarbeit vertreten

DDS: Schulsozialarbeit wird im Titel der Tagung als »Impuls für die Bildungsreform« bezeichnet. Worin besteht der spezifische Beitrag der Sozialarbeit aus gewerkschaftlicher Sicht?



Foto: David Ausserhofer

GÜNTHER SCHEDEL-GSCHWENDTNER: Sozialarbeit mit Kindern und Jugendlichen darf nicht als Feuerwehr an Schulen lediglich zur Lösung aktueller Konflikte degradiert werden, sie ist vielmehr als Struktur- und Arbeitsprinzip zu sehen, das zum partnerschaftlichen Ineinandergreifen von Schule und Jugendhilfe bei Anerkennung der Gleichwertigkeit beider Sozialisationsinstanzen führen soll – eine alte GEW-Forderung. Sozialpädagogik setzt sehr viel stärker als Schule an der Lebenswirklichkeit der Kinder und Jugendlichen an und ergänzt aus dieser Perspektive den meist defizitären Bildungs- und Erziehungsauftrag der Schulen. Von einem eigenständigen Bildungsbeitrag der Jugendhilfe muss nicht nur im Elementarbereich, sondern gerade auch im Jugendlichenalter gesprochen werden. Diesen gilt es, interdisziplinär und möglichst ganzheitlich der schulischen, stark an Selektion orientierten Bildung an die Seite zu stellen.

DDS: OBIS e.V., dessen Gründungsmitglied und Vorsitzender Sie sind, ist einer der Veranstalter der Bundesfachtagung. Wer ist OBIS und welche Ziele verfolgt der Verein?

PROF. DR. HERBERT BASSARAK: Tiefgreifende Veränderungen, insbesondere in politischer, wirtschaftlicher, technischer, ökologischer und sozialer Hinsicht führen dazu, dass immer mehr Menschen Schwierigkeiten und Probleme haben, sich in unserer Gesellschaft und deren Beratungs- und Hilfesystemen zurechtzufinden; so auch in der Schule.

Der Verein **OBIS** (Organisationsberatung in Sozialorganisationen) ist ein bundesweiter Zusammenschluss von Fachkräften der Sozialen Arbeit in Praxis und Wissenschaft, die an der Weiterentwicklung Sozialer Arbeit aktiv mitarbeiten und sich parteilich, das heißt in diesem Kontext vornehmlich im Interesse der Schülerinnen und Schüler einmischen. **OBIS** strebt eine Zusammenarbeit mit allen gesellschaftlichen Gruppen an, die für mehr soziale Gerechtigkeit, Partizipation und Mitbestimmung eintreten.

Berufliches Handeln muss insbesondere in der Schulsozialarbeit einen ganzheitlichen Ansatz verfolgen und sich an allen Aspekten menschlicher Persönlichkeit und ihren jeweiligen gesellschaftlichen Bezügen orientieren. Ziele, Inhalte und Methoden sind dabei gleichwertig.

Von LehrerInnen und SchulsozialarbeiterInnen erfordert dies Fach-, Feld- und personale Kompetenz, die Bereitschaft

Fortsetzung: Seite 14

zur Fort- und Weiterbildung sowie die Fähigkeit zu sozial-integrativer Führung, Leitung und Teamarbeit.

DDS: *Warum engagieren Sie sich persönlich für die Bundesfachtagung?*

PROF. DR. HERBERT BASSARAK: Das Thema Schulsozialarbeit hat einen konkreten Bezug zu meiner Lehrtätigkeit an der Georg-Simon-Ohm-Fachhochschule Nürnberg im Fachbereich Sozialwesen. Schulsozialarbeit ist dort im Hauptstudium ein zentrales Thema.

In der Vergangenheit wurden von OBIS e.V. bereits einige Bundeskongresse zu Themen der Sozialen Arbeit durchgeführt (z. B. »ASD-Bundeskongress« 1992 in Nürnberg, »KSD-Bundeskongress« 1997 in München, Bundeskongress zur »Offenen Jugendarbeit im ländlichen Raum« 1999 in Nürnberg). Weitere Bundeskongresse finden im März 2004 an der Fachhochschule Braunschweig-Wolfenbüttel zur »Offenen Jugendarbeit im ländlichen Raum« und im September 2004 in Zusammenarbeit mit dem Deutschen Verein für öffentliche und private Fürsorge zur »Situation der Allgemeinen Sozialen Dienste« an der Fachhochschule Frankfurt am Main statt. Beide Veranstaltungen werden finanziell von der Hans-Böckler-Stiftung unterstützt.

Die Idee zur Fachtagung Schulsozialarbeit ist eigentlich sehr alt und wurde bereits vor PISA bei uns diskutiert.

DDS: *Warum wird sie in München durchgeführt? Und wer war an der Konzeption der Tagung beteiligt?*

PROF. DR. HERBERT BASSARAK: Wir haben sehr gute Kontakte zur Fachhochschule München, vor allem zum dortigen Fachbereich Sozialwesen. Bei der Planung, Organisation und Durchführung der Bundesfachtagung engagierte sich der Fachbereich unter der Leitung des Dekans Prof. Dr. Peter Buttner enorm. Zudem sind der dortige Service und die Räumlichkeiten optimal.

Das Programm wurde im Rahmen einer längeren Vorlaufzeit zum einen gemeinsam mit Vertretern der GEW, insbesondere Bernhard Eibeck und Günther Schedel-Gschwendtner, entwickelt, zum anderen haben wir eng und partnerschaftlich mit der Fachhochschule München, Fachbereich Sozialwesen, mit den KollegInnen Prof. Dr. Peter Buttner, Prof. Dr. Reinhilde Beck und Prof. Dr. Chris Brückner und Holger Frahnert, zusammengearbeitet.

DDS: *Schulsozialarbeit in Bayern hat eine wechselvolle Geschichte. Was sagt einem Gewerkschafter die Entwicklung in den letzten Jahren?*

GÜNTHER SCHEDEL-GSCHWENDTNER: Schulsozialarbeit war im Bayern der 70er und 80er Jahre quasi noch ein Fremdwort, eine exotische Minderheit von sozialpädagogischen Fachkräften existierte an Gesamtschulen in München und Nürnberg, zu 100% von den Kommunen bezahlt. Mit der Erkenntnis, dass auch in Bayern eine konkrete Zu-

sammenarbeit von Jugendhilfe und Schule sinnvoll sei, hat sich das Blatt mittlerweile gewendet: Wir finden Hunderte sozialpädagogischer Fachkräfte in und um Schulen herum, mit mindestens vier differenzierten Arbeitsfeldern: Schulsozialarbeit von der Schule her organisiert, Jugendsozialarbeit, die in die Schule hineinwirkt, Praxisklassen an Hauptschulen und Berufsschulsozialarbeit, all dies mit einer unübersehbaren Menge an Konzeptionen und Schwerpunkten.

Inzwischen gibt es auch erste Ansätze des Freistaats Bayern, sich an problemlösenden Maßnahmen finanziell zu beteiligen, den berühmten Tropfen auf den heißen Stein!

Wegen ungenügender Fördermittel ist die soziale Lage der SchulsozialarbeiterInnen inzwischen oftmals als prekär zu bezeichnen: Arbeitsverhältnisse auch weit unter dem BAT-Niveau, ABM und immer wieder befristete Verträge sind an der Tagesordnung und konterkarieren den sozialpädagogischen Auftrag.

DDS: *Was verspricht sich die GEW von den Ergebnissen und Erkenntnissen der Tagung und wie sollte sich in Zukunft das Verhältnis von Schule und Jugendhilfe gestalten?*

GÜNTHER SCHEDEL-GSCHWENDTNER: Einmal erwarten wir aus dem bundesweiten Vergleich einen Impuls speziell für Bayern, zur Verstärkung und Verbesserung fachlicher Standards, die wir ja schon 1998 in der Ingolstädter Erklärung der GEW Bayern beschrieben haben. Zum andern wollen wir alles tun, um die Ausstattung auch der Schulen im Hinblick auf Fortbildung und Teamarbeit des Schulpersonals zu verbessern. Kooperation von Jugendhilfe und Schule muss auch dahin führen, dass sich die beiden zuständigen Ministerien abstimmen und insgesamt zu einer partnerschaftlichen Zusammenarbeit beitragen.

Dafür müssen finanzielle, personelle und räumliche Ressourcen auf allen Ebenen zur Verfügung gestellt werden. Die Bundesfachtagung kann nur eine erste Initialzündung und ein Diskussionsforum für bundesweiten Erfahrungsaustausch sein.

Speziell in Bayern soll mit Hinblick auf die kommende Landtagswahl Politik in Verantwortung genommen werden, Chancengleichheit und soziale Gerechtigkeit frühzeitig anzustreben. Eine gut ausgebaute Schulsozialarbeit an allen Schularten unter Wahrung fachlicher Standards muss als Fundament zur Herstellung von Lebenschancen der Heranwachsenden betrachtet werden und ist darum auch in Bayern vor allem Aufgabe der Landespolitik.



Dr. Herbert Bassarak

ist Professor für Sozialarbeit und Sozialpädagogik an der Georg-Simon-Ohm-Fachhochschule Nürnberg, Fachbereich Sozialwesen
e-mail: herbert.bassararak@fh-nuernberg.de



Günther Schedel-Gschwendtner

ist Leiter des Sozialpädagogischen Büros der GEW Bayern
e-mail: GEW_SozPaed@t-online.de

Reisen nach PISA

Einblicke ins finnische Bildungswesen

Im März machten sich 15 interessierte Pädagoginnen aus fünf verschiedenen Bundesländern auf den Weg ins finnische Bildungsmekka Jyväskylä, um dem Erfolgsgeheimnis des PISA-Siegers auf die Spur zu kommen. Eine Woche lang waren wir Gäste der unterschiedlichsten Bildungsinstitutionen, manchmal alle gemeinsam, häufig aber in zwei oder auch mehreren Gruppen. Wer wollte, konnte sich auch alleine in den Schulen oder im Kindergarten umsehen; wir fanden stets offene Türen.

Wer jedoch – wie ich – erwartet hatte, nur hoch differenzierten und methodisch-didaktisch perfekt durchgeplanten Unterricht mit großem Material- und Medienaufwand zu sehen, wurde schnell enttäuscht. Wir sahen überwiegend konventionellen Unterricht und meist wurde mit dem Lehrbuch gearbeitet. Besonders auffallend war gleich am ersten Tag das »disziplinierte« Verhalten der SchülerInnen. Unmittelbar nach dem Glockenzeichen leerte sich die Pausenhalle, die Jugendlichen gingen in ihren Unterricht, kein Erwachsener trieb an oder kontrollierte. Ganz selbstverständlich setzten sich die SchülerInnen ruhig an ihre Plätze und der Unterricht begann. Unser Erstaunen darüber erstaunte wiederum die Finnen, SchülerInnen und LehrerInnen: Warum sollte es anders sein?

Meine Bilanz des ersten Schulbesuchs: Methodisch-didaktisch spannend aufgemotzte Shows werden den Kindern nicht geboten. Das Geheimnis muss woanders liegen.

Einige Eckdaten des Erziehungs- und Bildungssystems

Werdende Eltern werden in Finnland von »Neuvola« betreut. Die Angebote dieser Beratungsstellen in den Wohngebieten werden von nahezu 100 % der schwangeren Frauen wahrgenommen und umfassen sowohl medizinische als auch psychosoziale Betreuung und Begleitung von Eltern und kleinen Kindern bis zum Kindergarten.

Dieser ist, wie bei uns, freiwillig und wird ähnlich in Anspruch genommen. KindergartenlehrerInnen mit in der Regel dreijährigem Universitätsstudium sind für die frühkindliche Bildung verantwortlich. Die Betreuungszeiten können bei Bedarf bis weit in den Abend hinein gehen. Sechsjährige Kinder besuchen zu über 90 Prozent die, ebenfalls freiwillige, einjährige Vorschule, die entweder an

den Kindergarten oder auch an die Schule angegliedert ist.

Die Schulpflicht beginnt mit 7 Jahren und umfasst 9 Schuljahre. Praktisch alle FinnInnen besuchen die 9-jährige Gesamtschule. In den ersten 6 Jahren herrscht das KlassenlehrerInnenprinzip vor, in den folgenden 3 Jahren unterrichten FachlehrerInnen. Die ersten 6 Jahrgangsstufen bilden in der Regel eine organisatorische Einheit und sind auch räumlich von den Klassen 7 bis 9 getrennt. Noten werden frühestens ab Klasse fünf, in der Regel ab Klasse sechs vergeben, Schulabbruch und Nichtversetztwerden sind weitgehend unbekannt und es gibt kein Abschlussexamen. SchülerInnen erhalten nach Absolvieren des Lernpensums ihr Abschlusszeugnis und haben damit ihre Schulpflicht erfüllt.

Der Sekundarbereich II umfasst die gymnasiale Oberstufe und alternativ die erste berufsqualifizierende Ausbildung und wird in der Regel in drei Jahren durchlaufen. Fast alle AbsolventInnen der Pflichtschule (etwa 95 %) wählen eines dieser beiden Angebote und etwa 82 % eines Altersjahrgangs schließen diese Ausbildung erfolgreich ab. Die gymnasiale Oberstufe wird häufiger gewählt (von ca. 55 %) als die berufsbildende Schule. Beide Ausbildungsgänge führen zur Hochschulreife.

Aufnahmebedingung für die gymnasiale Oberstufe ist der Abschluss der Gesamtschule, die SchülerInnen müssen sich mit ihrem Zeugnis bewerben. Je nach Ruf und Popularität der einzelnen Schule sind die Kriterien strenger oder nicht so streng. Es gibt keine Klassen mehr, der Unterricht wird in jeweils etwa fünf- bis sechswöchigen Kursen erteilt, die SchülerInnen haben viele Wahl- und Kombinationsmöglichkeiten. Jeder Kurs endet mit einer Prüfung, die ggf. wiederholt werden kann. Vorgeschrieben ist die Mindestzahl der zu absolvierenden Pflicht- und Wahlkurse. Die Abiturprüfung ist landesweit gleich und kann in bis zu drei Abschnitten abgelegt werden.

Foto: David Ausserhofer

Die berufliche Erstausbildung beinhaltet ein Praktikum von mindestens einem halben Jahr. Die Jugendlichen dort werden, ebenso wie die an der gymnasialen Oberstufe, als »Studierende« bezeichnet. Es gibt ein landesweites Bewerbungsverfahren auf der Grundlage des Gesamtschulzeugnisses, aber auch Aufnahme- und Eignungsprüfungen. Die Möglichkeiten zur individuellen Absolvierung der Studieneinheiten wurden vor zwei Jahren erhöht, ebenso der Praxisbezug.

Der Tertiärbereich besteht aus zwei Sektoren: Fachhochschulen mit einem hohen Praxisbezug, orientiert an den Anforderungen und Bedürfnissen der Berufspraxis und Universitäten mit dem Schwerpunkt auf wissenschaftlicher Forschung und Lehre. In beiden Bereichen ist die Zahl der BewerberInnen deutlich höher als die der Studienplätze. Das politische Ziel, für zwei Drittel einer Altersklasse Studienplätze zur Verfügung zu stellen, ist noch nicht erreicht.

Einige besondere Eindrücke

Der Besuch bei »Neuvola« hinterließ bei uns allen einen besonderen Eindruck. werdende und junge Eltern finden hier Kontakt und Betreuung im Stadtteil. Obwohl hier auch medizinische Vorsorge stattfindet, ähnelt die Stelle eher einem Kommunikationszentrum als einer ärztlichen Praxis. BesucherInnen wird vermittelt, dass sie und ihre Kinder willkommen sind, bei Problemen wird kompetent geholfen oder weiter vermittelt. Wer die Betreuung bei Neuvola kontinuierlich (etwa 12 Kontakte während der Schwangerschaft) in Anspruch nimmt, erhält etliche Wochen vor der Geburt des Kindes ein Grundaustattungspaket im Wert von ca. 300 Euro und neun Monate lang ca. 80 % des Einkommens als Mutterschaftsgeld bei berufstätigen Müttern bzw. ein Tagegeld aus der Sozialversicherung von 10 Euro.

Kinder mit Lern- oder Verhaltensproblemen verbleiben an ihren Schulen und werden dort intensiv betreut und gefördert. An jeder Schule arbeiten LehrerInnen mit sonderpädagogischer Ausbildung, die bei Lernproblemen helfen, ohne dass Kinder in aufwändigen Testverfahren vorher als »behindert« definiert werden. Bei Problemen wird in Kleingruppen in der Schule geholfen, so lange, bis die Probleme gelöst sind. Treten bei einem Kind besondere Schwierigkeiten auf, wird schnell Kontakt mit den Eltern und ggf. mit Fachdiensten aufgenommen, um gemeinsam Lösungen zu finden, nicht um Schuldzuschreibungen vorzunehmen. In Jyväskylä (über 80.000 EinwohnerInnen) gibt es noch vier Sonderschulen, zwei davon an Kliniken. Es ist ein explizites Ziel der kommunalen Politik, auch diese bis 2010 aufzulösen.

Der Unterricht beginnt in der Regel um ca. 8 Uhr und dauert bis ca. 14 Uhr. An allen Schulen wird den SchülerInnen ein kostenloses Mittagessen angeboten, LehrerInnen essen meist auch dort und bezahlen monatlich 30 Euro dafür. Wir waren bei unseren Schulbesuchen Gäste beim Essen und wunderten uns auch hier über das gute Benehmen aller, offensichtlich so selbstverständlich, dass es keiner Auf-

sicht bedarf.

Lehrmittelfreiheit in Finnland bedeutet mehr, als kostenlos verliehene Bücher: Während der Pflichtschulzeit bezahlt der Staat alles einschließlich Heften und Stiften. In den Klassen- und Fachräumen steht das benötigte »Handwerkszeug« zur Verfügung, manche Unterrichtsstörung oder Aufregung wegen nicht vorhandener Dinge entsteht so gar nicht.

Bei unseren Besuchen in höheren Jahrgangsstufen kamen wir in Kontakt mit SchülerInnen, die uns als »guides« zur Verfügung standen. In solchen Gesprächen fanden wir bestätigt, was wir im Vorfeld der Reise gehört und auch schon beobachtet hatten: SchülerInnen und LehrerInnen gehen anders miteinander um als bei uns. Gegenseitiges Akzeptieren und Respekt voreinander prägen das Verhältnis. Manche unserer Fragen, z. B. nach unbeliebten LehrerInnen, wurden zunächst gar nicht verstanden. Die Jugendlichen berieten sich untereinander, um uns dann zu sagen, dass es schon mal die eine oder andere Eigenheit eines Lehrers oder einer Lehrerin gebe, die nicht allen gefalle. Einige Lehrer wurden genannt, im gleichen Atemzug jedoch immer verteidigt. Jemanden gar nicht zu mögen, war ihnen völlig fremd. Auf große Irritation traf auch unsere Frage, was geschehe, wenn jemand »nichts gelernt habe«. Selbstverständlich werde er oder sie in Ruhe gelassen und müsse eben nachlernen, ggf. mit Hilfestellung. Einen Schüler oder eine Schülerin im Unterricht bloß zu stellen, das sei in finnischen Schulen undenkbar. Darin waren sich alle von uns befragten SchülerInnen einig.

Jyväskylä hat eine große Zentralbibliothek und sieben Stadtteilbibliotheken, jeweils mit ausreichend Internetplätzen. Statistisch finden pro EinwohnerIn und Jahr 28 Entleihungen statt, selbstverständlich kostenlos. Ein ebenfalls kostenloser Lieferservice versorgt Menschen, die nicht selbst zur Bibliothek kommen können.

Mehr Fragen als Antworten?

Neuvola, Kindergarten, Vorschule, Gesamtschule, gymnasiale Oberstufe, universitäre LehrerInnenbildung mit »Praktikumsschule«, Gespräche mit dem Dekan der Universität, der finnischen PISA-Koordinatorin, dem Schulrat der Stadt, mit Eltern, die beide Bildungssysteme kennen, (das deutsche und das finnische) und – nicht zuletzt – mit Kindern und Jugendlichen: uns wurden viele Informationen geboten und wir gewannen vielseitige Einblicke und Eindrücke. Wir waren keine offiziellen »Staatsgäste«, sondern eine Gruppe interessierter Frauen, betreut und begleitet von Petra Linderoos, einer ausgebildeten deutschen Lehrerin, die dort lebt und Deutsch unterrichtet. Petra hat das Programm organisiert und uns in Einrichtungen geführt, mit denen sie zusammenarbeitet oder die ihre eigenen Kinder besuchen. Wir haben also keine spektakulären Vorzeigeprojekte gesehen, sondern »Bildungsalltag« in Jyväskylä.

Die meisten Fragen wurden beantwortet, viele erstaunten unsere GesprächspartnerInnen, manche blieben unbe-

antwortet – vor allem die nach dem Erfolgsgeheimnis der finnischen Schulen.

Vieles ist anders im finnischen Schul- und Bildungssystem. PISA lässt keine direkten Schlussfolgerungen zu, wie das gute Abschneiden der FinnInnen zu erklären ist, lediglich Mutmaßungen. Hier meine persönlichen:

- LehrerInnen und SchülerInnen gehen partnerschaftlich miteinander um und respektieren sich gegenseitig in ihrer Individualität und Würde. LehrerInnen orientieren sich an den Stärken und Ressourcen der Kinder und Jugendlichen, nicht an deren Defiziten.
- Die gemeinsame neunjährige Schulzeit für alle ist ein Ausdruck dieses gesellschaftlichen Konsens in Finnland: Jedes Kind ist wichtig, niemand bleibt zurück. Ausgrenzung ist eine der schlimmsten gesellschaftlichen und damit auch schulischen Fehlleistungen.

Diese humanistische Denkweise in den Köpfen aller hierzulande mit Bildung und Erziehung befassten Menschen zu verankern, halte ich für eine der größten gegenwärtigen pädagogischen Herausforderungen. In Finnland ist dies in den siebziger Jahren gelungen.

Gelungen ist es offenbar auch in Erfurt. Ein Jahr nach der Katastrophe zitiert die Süddeutsche Zeitung eine 15-jährige Schülerin des Gutenberg-Gymnasiums: »Sie gehen jetzt anders miteinander um, die Lehrer und die Schüler hier in Erfurt. Aufmerksamer. Es soll kein Druck mehr ausgeübt werden, von niemandem auf niemanden.«

Erfurt ist überall!

von Gele Neubäcker
stellvertretende Vorsitzende
der GEW Bayern



Schulprojekt in Haiti Ein Themenabend der Erlanger GEW

Der 5-jährige Lonès aus Jérémie in Haiti, einem der ärmsten Länder der Erde, geht gerne zur Schule. Seine bettelarmen Eltern sind stolz auf ihn und geben buchstäblich ihr letztes Hemd dafür, dass er es einmal besser haben wird als sie. Lonès und seine Altersgenossen waren die Hauptpersonen in einem selbstproduzierten Videofilm, den Michael Mellert und Anne Oertel im Rahmen des Themenabends »Schulprojekt in Haiti« bei der Erlanger GEW vorführten. Die beiden, im Lehrberuf tätig und Mitglieder der Erlanger GEW, lebten von April 1999 bis April 2002 auf der Karibikinsel und bauten dort als pädagogische Entwicklungshelfer eine Vor- und eine Grundschule nach Montessori-Prinzipien auf.

Warum Montessori?

In Haiti gebe es seit langem eine Montessori-Bewegung, die von den USA herübergekommen sei, berichteten die zwei. Zudem habe die katholische Kirche, de facto ihr Dienstherr in Haiti, nach einer Alternative zum wenig effizienten heimischen Schulwesen gesucht, in dem der Frontalunterricht und die französische Sprache dominieren. Da die Kinder aber kreolisch aufwachsen, verstehen sie die fremde Sprache oft nur halb und lernen vieles auswendig, ohne es wirklich zu verstehen. Nicht wenige Kinder können nach der Grundschule kaum ihren eigenen Namen schreiben. So erklärt sich teilweise auch die hohe Analphabetenrate von 70 %. In der Montessoripädagogik dagegen »ergreift« das Kind seine Umwelt mit allen seinen Sinnen und »begreift« sie im genauen Wortsinn. Auch wird es in seinem Streben nach Selbstständigkeit bestärkt.

Lonès hatte Unterricht in seiner Muttersprache bei ein-

heimischen Lehrerinnen und Lehrern, die von den beiden Deutschen, schon bald des Kreolischen mächtig, mit der Montessori-Pädagogik vertraut gemacht wurden. In gemeinsamer handwerklicher Arbeit entstanden die notwendigen Unterrichtsmaterialien. Wie die beiden erzählten und wie man im Film sehen konnte, scheint das Konzept in Jérémie aufzugehen. Die Kinder waren mit großem Ernst und erkennbarer Freude bei der Sache und gingen selbstständig und sehr selbstbewusst mit den Montessori-Gegenständen um. Lonès und seine Mitschüler werden nach Abschluss der Vorschule so viel Basiswissen und -fertigkeiten erworben haben, dass sie in jeder anderen Schule mithalten können.



Glück und Hoffnung

Lonès hat auch aus einem anderen Grund Glück. Er gehört zu den Kindern, deren Eltern eines aus ihrem oft zahlreichen Nachwuchs sorgfältig aussuchen und für den Schulbesuch bestimmen.

Viele andere Eltern behalten ihre Kinder zu Hause, weil sie das auch an staatlichen Schulen erhobene Schulgeld nicht bezahlen können oder weil sie ihre Kinder als Helfer in der Landwirtschaft brauchen. So kommt es, dass nur etwa 75% der Haitianischen Kinder zur Schule gehen. Eines von ihnen ist Lonès. Die Hoffnung seiner Eltern auf ein besseres Leben für ihn und die ganze Familie könnte sich dank der Montessori-Schule in Jérémie erfüllen.

von Hannes Henjes

Mitglied der DDS-Redaktion
Gymnasiallehrer im »Unruhestand«
e-mail: h.henjes@web.de





Hans Schuster informiert:

Streichung der Beihilfe zurückgenommen

Am 13.5.2003 hat der Ausschuss für Fragen des öffentlichen Dienstes die im Haushaltsgesetz 2003/2004 verfügte Streichung der Arbeitnehmerbeihilfe im Gegensatz zum bisherigen Änderungsentwurf gänzlich zurückgenommen. Es ist davon auszugehen, dass dies auch so Gesetz wird.

Das bedeutet, dass nicht nur die ArbeitnehmerInnen, die über der Pflichtversicherungsgrenze liegen und Beihilfe für sich bzw. für ihre Angehörigen erhalten haben, diese nun weiterhin erhalten. Auch alle pflichtversicherten ArbeitnehmerInnen, die am 31.12.2000 schon im öffentlichen Dienst beschäftigt waren, sollen die Beihilfe weiter erhalten.

Die die Beihilfe einschränkende Regelung im o. g. Haushaltsgesetz wird ersatzlos gestrichen und somit der vor dem Haushaltsgesetz 2003/2004 geltende Rechtszustand wieder hergestellt.

Im Bereich der Beihilfe der Beamten ist die Eigenbeteiligung für die Unterbringung im Zweibettzimmer in Höhe von 14,50 Euro nun auf maximal 30 Tage im Kalenderjahr beschränkt worden. Bei wahlärztlichen Leistungen (Chefarzt) wird die Eigenbeteiligung von 35,00 Euro vom Beihilfebetrug, der festgesetzt wurde, auf 25,00 Euro reduziert, jedoch hier ohne zeitliche Begrenzung.

Verpflichtendes Arbeitszeitkonto für LehrerInnen für rechtlich zulässig erklärt

Bundesverwaltungsgericht weist Nichtzulassungsbeschwerde zurück

In seiner Entscheidung vom 21. Dezember 2001 hatte der Bayerische Verwaltungsgerichtshof (VGH) den Normenkontrollantrag gegen die Verordnung zur Einführung eines verpflichtenden Arbeitszeitkontos für Lehrkräfte abgelehnt und ausgeführt, dass diese Verordnung seines Erachtens nicht gegen höherrangiges Recht verstößt. Darüber hinaus war er der Auffassung, dass die Voraussetzungen für eine Überprüfung seiner Entscheidung durch das Bundesverwaltungsgericht nicht vorliegen, und hat demgemäß die Revision nicht zugelassen.

Die Antragstellerinnen hatten dagegen mit GEW-Rechtsschutz Beschwerde gegen die Nichtzulassung der Revision eingelegt. Nunmehr hat das Bundesverwaltungsgericht die Beschwerde zurückgewiesen. Es ist ebenfalls der Auffassung, dass die Verordnung über ein verpflichtendes Arbeitszeitkonto für Lehrkräfte rechtens ist.

Zunächst hat es ausgeführt, dass es mit den hergebrachten Grundsätzen des Berufsbeamtentums (Artikel 33 Abs. 5 Grundgesetz) und dem darin enthaltenen Gebot der angemessenen Alimentierung vereinbar sei, eine Gruppe von Beamten zu verpflichten, fünf Jahre lang zusätzliche Arbeit ohne entsprechende Vergütung zu leisten und dies nach acht Jahren durch Gewährung von Freizeit auszugleichen. Die zeitweise Aufstockung der Wochenarbeitszeit der Lehrkräfte lasse die Pflicht des Dienstherrn zu ihrer angemessenen Besoldung unberührt, da die Besoldung nicht von dem bisher erreichten Niveau abweiche, die Arbeitszeitkonten vielmehr »kostenneutral« gebildet würden. Ferner sei die ungleichmäßige Verteilung der regelmäßigen Arbeitszeit auch mit dem in § 6 Bundesbesoldungsgesetz festgelegten Verhältnis von Arbeit und Besoldung vereinbar.

Auch die gleich hohe Aufstockung des Stundendeputats bei voll- und bei teilzeitbeschäftigten LehrerInnen sei gerechtfertigt, wenn nur so der gegenwärtige, länger andauernde, aber vorübergehende Bedarf an zusätzlichen Lehrerarbeitsstunden gedeckt werden könne. Darüber hinaus hätten andernfalls entweder die vollzeitbeschäftigten LehrerInnen unzumutbar höher belastet werden müssen oder der Erfolg des »Arbeitszeitkonten-Modells« wäre insgesamt in Frage gestellt worden.

Ebenso wenig wäre durch die Verordnung in rechtlich zu beanstandender Weise gegen das Rückwirkungsverbot verstoßen worden. Durch die In-Kraft-Setzung der Verordnung rückwirkend zum 1. August 1999 wäre lediglich die durch das Urteil des Verwaltungsgerichtshofs vom 20. September 2000 geschaffene Unklarheit beseitigt worden. Die Schaffung klarer Rechtsverhältnisse hinsichtlich der von den LehrerInnen in der Vergangenheit bereits geleisteten Zusatzstunde bewirke keine Verletzung der durch Artikel 20 Abs. 3 Grundgesetz geschützten Freiheit (gemeint ist wohl damit Anspruch bzw. Recht) der LehrerInnen, nur durch eine Rechtsnorm zu einer zusätzlichen Unterrichtsstunde während der »Ansparphase« herangezogen zu werden. Die LehrerInnen hätten die angeordneten zusätzlichen Unterrichtsstunden bereits gehalten. Die rückwirkende Anordnung bewirke, dass auch für das Schuljahr 1999/2000 der Rechts-Charakter des bereits geleisteten zusätzlichen Dienstes festgelegt wurde. Eine belastende Wirkung hätte das für die LehrerInnen nicht gehabt.

Auch wenn man die Auffassung vertritt, dass unter rechtlichen Gesichtspunkten eine andere Entscheidung gut ver-

Fortsetzung nächste Seite unten

Anrechnung von Zeiten des Auslandsschuldienstes

Wer immer aus dem Landesdienst für eine vorübergehende Tätigkeit an einer Auslandsschule beurlaubt wird, braucht sich wegen der Anrechnung dieser Zeiten auf Ruhegehalt oder Besoldungsdienstalter keine Sorgen zu machen. In Einzelfällen tauchen jedoch nicht ganz unkomplizierte Fragen auf: Inwiefern wird denn die Dienstzeit in gesundheitsgefährdenden Gebieten doppelt angerechnet? – Wird die frühere Tätigkeit als so genannte Ortslehrkraft an einer Auslandsschule bei der Anstellung im öffentlichen Schuldienst berücksichtigt?

Diese Fragen werden je nach Bundesland verschieden beantwortet.

Malaria zahlt sich aus

Obwohl man das Leben vor Ort als durchaus angenehm empfinden mag, gelten viele Gegenden im Beamtenrecht als »gesundheitsgefährdend«, so z.B. ganz Peru. Dass diese Zeiten bei der Berechnung des Ruhegehalts von den bayerischen Finanzdirektionen automatisch doppelt angerechnet werden, hat jedoch nur in den seltensten Fällen irgendwelche Auswirkungen. Am gravierendsten sind sie zum Wohle der ehemaligen Auslandslehrer natürlich im Falle eines Dienstunfalls oder wenn beispielsweise die Nachwirkungen einer dort zugezogenen Malaria eine vorzeitige Zurrücksetzung bewirken. In aller Regel wirken sich solche Zeiten bei einer Pensionierung vor dem 60. Lebensjahr positiv aus. Die Finanzdirektion prüft dann in jedem Einzelfall, ob die Anwendung der Regelung zur Zurechnungszeit (zusätzlich anzurechnende Dienstzeit bei der Berechnung des Ruhegehalts) oder der doppelte Ansatz der fraglichen Zeiten vorteilhafter ist.

Es ist jedoch nicht möglich, die gesetzlichen Abschläge bei einer Pensionierung vor dem 65. Lebensjahr mit den doppelt zählenden Dienstjahren zu kompensieren. Grundsätzlich wird zuerst die ruhegehaltfähige Dienstzeit und der daraus resultierende Prozentsatz der Pension berechnet, anschließend wird ggf. die Abschlagsregelung angewandt.

Auslandsschule als Privatinitiative

Ganz andere Fragen beschäftigen junge Kolleginnen und Kollegen, die vor der Einstellung in den Schuldienst einige Jahre als Lehrkräfte an einer Schule im Ausland tätig sind.

Beruhet diese Tätigkeit auf Privatinitiative und ebensolchen Verträgen zwischen Lehrkraft und Schule, dann können günstige Beurteilungen aus dieser Zeit die Personalakte bereichern – viel mehr aber auch nicht. *Vielleicht* könnte dies – bei der Würdigung der Gesamtpersönlichkeit – zu einer Verkürzung der Probezeit führen. Wer aus dem Schuldienst heraus eine solche Tätigkeit im privatrechtlichen Bereich und *ohne* Vermittlung durch die Zentralstelle für das Auslandsschulwesen anstrebt, sollte auf jeden Fall darauf achten, dass die Beurlaubung das Prädikat »im öffentlichen Interesse« erhält. Dies dürfte in Bayern i.A. keine Schwierigkeiten bereiten, wenn es sich um eine Schule handelt, die mit Bundesmitteln gefördert wird.

Anders ist der Fall bei einer früheren Beschäftigung als Bundesprogrammlehrkraft. Denn hier müsste eigentlich das »Rahmenstatut für die Tätigkeit deutscher Lehrkräfte im Ausland« vom 21.12.1994 greifen. In dieser »Verwaltungsvereinbarung« zwischen Auswärtigem Amt und Kultusministern wird bestimmt, dass diese Tätigkeit bei der Einstellung »berücksichtigt« wird. In der Frage, ob daraus nun abzuleiten sei, dass sie als Dienstzeit z.B. bei der Berechnung des Besoldungsdienstalters gewertet wird, wurde dem Bayerischen Finanzministerium vom Bundesinnenministerium mitgeteilt, dass solches nach dem übergeordneten Bundesrecht nicht möglich sei. Durch diesen Treppenzwang ist klargestellt, dass dieser Verwaltungsvereinbarung hier allenfalls der Rang einer Absichtserklärung zukommt. Da in derselben Verwaltungsvereinbarung festgestellt wird, die Tätigkeit der Programmlehrkräfte des Bundes liege »im öffentlichen Interesse«, müsste wohl erst im Rahmen einer Klage geklärt werden, ob daraus nicht auch die Anrechnung beim Besoldungsdienstalter folgt. Es bleibt also abzuwarten, ob sich ein klageberechtigtes GEW-Mitglied findet.

Hingegen ist unstrittig, dass im letzteren Fall die Zeit an einer Auslandsschule zu einer Verkürzung der Probezeit führt, sofern die übrigen Voraussetzungen gegeben sind.



von Harald Binder

Vertreter der GEW Bayern in der
Arbeitsgruppe AuslandslehrerInnen
(AGAL) beim GEW-Hauptvorstand

tretenbar gewesen wäre, ist festzustellen, dass damit die rechtlichen Möglichkeiten, gegen das verpflichtende Arbeitszeitkonto vorzugehen, erschöpft sind. Dieses Ergebnis führt jedoch nicht dazu, dass jenseits aller rechtlichen Überlegungen nicht weiterhin Vorbehalte gegen Sinn und Zweck der

Regelung bestehen. Es ist vielmehr zu befürchten, dass das verpflichtende Arbeitszeitkonto eine demotivierende Wirkung entfaltet und die Bereitschaft der Lehrkräfte, sich für eine notwendige, grundlegende Reform der Schule zu engagieren, schmälert. (Hans Schuster ist Justitiar der GEW Bayern)

Kulturarbeit

für Menschen mit Behinderung

Seit dem Internationalen Jahr der Behinderten 1981 führt die Akademie Remscheid regelmäßig Kurse für PädagogInnen und Behindertengruppen aus verschiedenen europäischen Ländern durch. In Werkstätten werden Methoden in der Bewegungserziehung, im Theaterspiel, in der Bildenden Kunst und der Fotografie modellhaft vorgestellt und erprobt. Ziel ist die Förderung der individuellen Wahrnehmungs-, Ausdrucks- und Gestaltungsmöglichkeiten von Menschen mit Behinderung durch Kunst. Termin: 22.-28.6.2003 Internationaler Kurs, Einzelanmeldungen nicht möglich

Anmeldung und weitere Infos bei:

Akademie Remscheid
Küppelstein 34 • 42857 Remscheid
Tel. 02191-794-0
info@akademieremscheid.de

Neu in der Schauburg:

»Attacken des Herzens – getanzt und gesungen«, ein Liederabend für Erwachsene und Jugendliche ab 12 Jahren, der die Höhen und Tiefen des ersten Verliebt-Seins beschreibt.

Premiere: 24. Juni, 19.30 Uhr.

Für PädagogInnen bietet die Schauburg einen besonderen Service:

- Beratung vor dem Theaterbesuch bei der Stückauswahl (089-233-371 66)
- Zu jeder Vorstellung wird Begleitmaterial entwickelt, das die Gruppen zur Vorbereitung erhalten
(www.schauburg.net
Rubrik: Service/Lehrerservice)

Dies und Das

Frauenwelten

Welche Vorstellungen von Weiblichkeit haben wir und wie unterscheiden sich diese von Weiblichkeitskonzepten von Frauen aus muslimischen Ländern? Wie beeinflussen westliche Bilder von »der orientalischen Frau« unser Selbstbild? Gibt es gemeinsame Anknüpfungspunkte für Frauen unterschiedlicher kultureller und ethnischer Herkunft im Ringen um weibliche Freiheit? Zwei Seminaren zur interkulturellen Frauenarbeit liegen diese Fragen zugrunde.

Am 27. und 28. Juni bietet die Frauenakademie München ein interkulturelles Training an unter dem Titel »Frauen im Islam. Selbst- und Fremdbilder«, das allen interessierten Frauen offen steht. Das Seminar dauert Freitag von 17-21 Uhr und Samstag von 10-17 Uhr und kostet 50 EUR, ermäßigt 30 EUR inkl. arabisches Abendessen am Freitag und Imbiss am Samstag.

Anmeldung bis 16. Juni bei der Frauenakademie München e.V. (FAM)
Auenstr.31 • 80469 München
Tel. 089-721 18 81 • Fax: 089-721 38 30
erbe@frauenakademie.de
Weitere Infos unter www.frauenakademie.de

»Interkulturelle Sinnlichkeit. Mädchen sein, Frau werden und Frau sein« ist der Titel eines Seminars, das die Kontakt- und Informationsstelle für Mädchenarbeit »imma« am 14./15. Juli und am 8./9.

Dezember 2003 veranstaltet. Schwerpunkte der beiden Seminartage im Juli sind eigene kulturelle Konstrukte, Wertmaßstäbe sowie Gender- und interkulturelle Kompetenzen. An den beiden Seminartagen im Dezember werden körperorientierte Ansätze für die Mädchenarbeit vermittelt und diese auch praktisch mit einem Besuch im türkischen Schwitzbad verbunden.

Kosten: 200 EUR (ermäßigt 140 EUR).

Anmeldung und Nachfragen bei
imma • Jahnstr. 38 • 80469 München
Tel. 089-23 88 91 20 • Fax: 0 89-23 88 91 15
info.imma@gmx.net

Video interaktiv

»Video goes Internet«: Lange Zeit war der Wunsch Vater der Idee. Mit der Einführung neuer Breitbandtechnologien rückt die Realität näher. Video im Web und multimediale CD-ROMs mit Video sind nicht nur neue Verbreitungswege, sondern bieten völlig neue Möglichkeiten der Gestaltung. Technische, handwerkliche und dramaturgische Grundlagen werden in dieser berufsbegleitenden Fortbildung in 2 Abschnitten vermittelt und in Kleinprojekten konkret umgesetzt. Eine Fortbildung für technisch und filmisch interessierte PädagogInnen, die Video und multimediale Programme in der Praxis einsetzen möchten.

1.Kurs: 23.-27.6.2003

2. Kurs: 22.-26.9.2003

Kosten: 283 EUR, Kursgebühr inkl. Unterkunft und Verpflegung je Kurs.

Anmeldung und weitere Infos bei:

Akademie Remscheid
Küppelstein 34 • 42857 Remscheid
Tel. 02191-794-0 • info@akademieremscheid.de

Die Collage vom 1. Mai 2003 in Nürnberg ist von Michael Bayer



Bilderbuch-Empfehlungen

In dem Empfehlungskatalog »Das Bilderbuch« stellen Fachleute 150 aktuelle Bilderbücher vor. Der inhaltliche Bogen spannt sich dabei vom Kinderalltag in seiner ganzen Bandbreite bis hin zu Begegnungen mit anderen Kulturen und vergangenen Zeiten. Märchenausgaben fehlen ebenso wenig wie Sachbücher oder Pappbilderbücher für die ganz Kleinen. Ein einführender Beitrag legt Auswahlkriterien dar.

Zu bestellen für 8 EUR zzgl. Versandkosten beim Arbeitskreis

für Jugendliteratur e.V.

Postfach 80 01 24

81601 München

Tel. 089-45 80 80-6

Fax: 089-45 80 80-88

info@jugendliteratur.org

www.jugendliteratur.org

Herzlichen Glückwunsch!

Wir gratulieren allen Kolleginnen und Kollegen, die im Juni Geburtstag feiern, ganz besonders

- Josef Kastner**, Rehau, zum **83.**
- Otthard Kulawsky**, Ingolstadt, zum **82.**
- Monika Linxweiler**, Schauenstein, zum **79.**
- Robert Dürr**, Mainburg, zum **78.**
- Rudolf Braun**, Nürnberg, zum **75.**
- Prof. Dr. Jürgen Habermas**, Starnberg, zum **74.**
- Max Göbel**, Nürnberg, zum **73.**
- Karl-Heinz Hofmann**, Schwarzenbach a.W., zum **65.**



Herzlichen Dank!

Wir danken im Juni allen, die der GEW seit vielen Jahren die Treue halten, ganz besonders

- Anton Sagerer**, München, seit **57 Jahren**
- Wolfgang Graf**, München, seit **52 Jahren**
- Dr. Werner Mangold**, Erlangen, seit **43 Jahren**
- Barbara Herbst**, München,
- Armin Braun**, Erlangen,
- Otthard Kulawsky**, Ingolstadt,
- Karl-Heinz Lang**, Nürnberg,
- Ludwig Würfl**, Moosburg, seit **35 Jahren**

Interessante Veranstaltungen ab Juni 2003

Die Übersicht wird ständig aktualisiert, entsprechende Hinweise bitte an: GEW-Büro für Gewerkschaftliche Bildungsarbeit, Werner Schottenloher, Richard-Wagner-Str. 5/II, 93055 Regensburg, Tel./Fax: 09 41/79 36 95, E-mail: gew21972@aol.com

| | | | |
|---------------------|---|--|---|
| 26.06.03 | Menschenrechte in Kurdistan Ostanatolien und Nordirak vor und nach dem 2. Golfkrieg mit R. Seyler, Lehrer am Ostendorfer-Gymnasium Neumarkt Veranstalter: amnesty-international-Jugendgruppe Bogen | Dia-Vortrag | Bogen 19.00 Uhr Veit-Höser-Gymnasium |
| 11.07.03 | Am 12. Juli 2003 ... Mit Erich Kästner gegen den Krieg Veranstalter: Erich-Kästner-Gesellschaft + Bildungswerk der Humanistischen Union e.V. | Antikriegs-Revue | Gräfelzing 20.00 Uhr Bürgerhaus, Bahnhofplatz |
| 11.-12.07.03 | Was bringt uns das globale Freihandelssystem? Anspruch und Realität einer Gegenmachtkonzeption und der globale Vormarsch einer ökonomischen Struktur mit Prof. Maria Mies, Köln Anmeldung über die Landesgeschäftsstelle: 0 89-54 40 81-0 | Seminar der AG Perspektiven | Markt Indersdorf Akademie Schönbrunn 11.07. ab 17.00 Uhr bis 12.07. ca. 17.00 Uhr |
| 16.-18.07.03 | Gestaltungsmöglichkeiten des Betriebsrates in Einrichtungen der Lebenshilfe ** Anmeldungen über die Landesgeschäftsstelle: 0 89-54 40 81-0 | BR-Schulung | Stein bei Nürnberg |
| 22.07.03 | Schulen im hohen Norden SchülerInnen und LehrerInnen einer finnischen und einer russischen Austauschgruppe stellen ihr Schulsystem und ihr Schulleben vor | Info-Veranstaltung des Veit-Höser-Gymnasiums | Bogen 19.00 Uhr Veit-Höser-Gymnasium |

Weitere Veranstaltungen, die in dieser DDS an anderer Stelle ausführlich vorgestellt werden:

Schulsozialarbeit - Impuls für die Bildungsreform? - Fachtagung (siehe Aushang S. 12 und 13)

Rettet die Bildung: Ganztagschulen für Fürth - Kongress (siehe S. 22)

Neue Welt(un)ordnung? »Krieg gegen den Terror« - Etappe der Neuen Weltordnung - Seminar (siehe S. 22)

Nur Reiche können sich einen armen Staat leisten - Mitgliederversammlung der GEW München (siehe S. 23)

** Teilnahmegebühr

Kongress
Rettet die Bildung: Ganztagschulen für Fürth!
Samstag, 28. Juni 2003

Im Schulgebäude der Grund- und Hauptschule Pestalozzistraße Fürth

13.30 Uhr Ausstellungen, Präsentationen, Stände im Foyer u.a. Regionalschule Würth (Ganztagschule in Rheinland-Pfalz), Grundschule Heuchelhof bei Würzburg (Ganztagschule in Bayern), GEW Bayern

14.00 Uhr Eröffnung durch **Manfred Lehner-Wendt**, GEW, und **Dr. Thomas Jung**, Oberbürgermeister Fürth

14.10 Uhr **Warum brauchen wir Ganztagschulen**

Gerhard Helgert, Landesvorsitzender des Ganztagschulverbandes Bayern

Marianne Demmer, Hauptvorstand der GEW

14.40 Uhr Pause mit Kaffee und Kuchen für erste Gespräche und Kennenlernen der Präsentationen einiger Ganztagschulen

15.00 Uhr Gesprächsrunden:

1 Die Ganztagschule: Unterstützung und Entlastung der Familien und Förderung für die Kinder

2 Die Ganztagschule: Chancen zur Verbesserung der Arbeitsbedingungen der Lehrerinnen und Lehrer

3 Die Ganztagschule: Die Angebote und die Aufgaben der Schulsozialarbeit

14.00 Uhr bis 17.00 Uhr

4 Schüler und Schülerinnen erleben die Ganztagschule: Ein Haus für das Lernen und das Leben

praktische Erfahrungen mit zusätzlichen Angeboten einer Ganztagschule:
Jonglieren, Plastisches Gestalten, Skaten, Musik...

5 Personelle und räumliche Standards - und wer zahlt das alles? Die Finanzierung von Ganztagschulen

16.00 Uhr Kaffee-Pause

16.30 Uhr Plenum: Zusammenführen der Ergebnisse der Gesprächsrunden: **Fürth braucht Ganztagschulen**

Moderation: **Horst Körner** (Vorsitzender des Personalrats)

Auf dem Podium:

Marianne Demmer (GEW-Hauptvorstand) • **Schorsch Wiesmaier** (Vorsitzender GEW Bayern) • **Klaus Wenzel** (Leiter der Abteilung Schul- und

Bildungspolitik des BLLV) • **Gerhard Helgert** (Vorsitzender des Ganztagschulverbandes Bayern) • **Günther Schedel-Gschwendtner** (Sozialpädagogisches

Büro der GEW Bayern) • **Leonhard Blaum** (Rektor der Ganztagschule Heuchelhof) • **Joachim Paul** (Schulleiter der Regionalschule Würth) • **Hartmut**

Träger (Bürgermeister und Schulreferent der Stadt Fürth) • **Frau von Wittke** (Vorsitzende des Gemeinsamen Elternbeirats in der Stadt Fürth) • **Schülervertreter** •

Politiker der Bezirksregierung, des Landes, des Bundes

18.00 Uhr Schlusswort: Manfred Lehner-Wendt

Anschließend: Abendessen, weitere Kontakte und Gespräche bei Musik und - warum nicht - Tanz mit »Blues trip«!

GEW Aschaffenburg-Miltenberg
Sommer-Seminare - eine gute Tradition

 **Bayerisches Seminar**
für Politik e.V.

Neue Welt(un)ordnung?
»Krieg gegen Terror« - Etappe der Neuen Weltordnung?



- Der globale Kampf um die Rohstoffreserven
- US-Empire: Räume, Ressourcen, Ambitionen
- Imperialismus heute: das letzte Stadium des Kapitalismus?
- Militarisierung der Außenpolitik (Krieg als Mittel der Politik, Präventivkrieg, neue Militärdoktrin usw.)
- Gefahr der Aushebelung des Völkerrechts und der Marginalisierung der UN

Unter dem Titel »Globalisierung und Kapitalismus im 21. Jahrhundert« haben wir im Sommer 2002 den gegenwärtigen Zustand unseres Wirtschaftssystems analysiert und einen Blick in die polit-ökonomische Zukunft geworfen. Welche Rolle in der Neuen Weltordnung die Supermacht USA spielt, klang öfter an. Wir wollen uns diesem Thema jetzt - unter kundiger Anleitung - systematisch widmen, wobei die Frage nach Krieg und Frieden in den Mittelpunkt rückt.

Seminarort: awo-@kademie, 97340 Marktbreit, Ochsenfurter Str. 29, 0 93 92-5 92 40

Referent: Prof. Dr. phil. Arno Klönne, em. Professor für Soziologie, Paderborn

Zeiten: Samstag, 26. Juli 2003, 10.00 Uhr, Anreise bis 9.30 Uhr bis Sonntag, 27. Juli 2003, gegen 16.00 Uhr

Anmeldung: bis 9. Juli 2003 bei Eberhard Rauch, Weberborn 35, 63773 Goldbach, Tel./Fax 0 60 21-5 26 46
oder online unter www.gew-unterfranken.de > Sommerseminar

Kosten: 38 EUR (GEW-Mitglieder 28 EUR, Erwerbslose 19 EUR); Übernachtung/Vollpension; überwiegend Einzelzimmer

Literatur: Werner Biermann/Arno Klönne: Globale Spiele, Köln 2001; dies.: Kreuzzug für die Zivilisation?, Köln 2002

Es ist ein Montag, kein Mittwoch ...

... an dem die Mitgliederversammlung der GEW München stattfindet. Also:

Montag, den 07.07.2003
Gewerkschaftshaus
19.00 Uhr

Referat:

Nur Reiche können sich einen armen Staat leisten

Wolfgang Veiglhuber, DGB München-Region

Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft 
- die münchner bildungsgewerkschaft -

Wer sich bis 23.06.2003 anmeldet, bekommt vorhandene Anträge zugesandt.
Weitere Informationen in www.gew-muenchen.de und über die GEW-Mailinglist.

Wir suchen
engagierte, kreative, begeisterungsfähige
und erfahrene

LehrerInnen für die Klassen 1 - 9

- bevorzugt mit Montessori-Diplom -

Bewerbungen bitte an:

Montessori-Schule Olching

Frau Bille

J. G. Gutenbergstr. 12

82140 Olching

Tel.: 0 81 42 - 48 91 08



GEW Regensburg mit neuem Vorstand

Bei der Mitgliederversammlung im März wurde der Vorstand der GEW Regensburg (neu) gewählt.

Von links: Harald Sandner, Wolfgang Friedl, Christa Schmidbauer, Peter Poth, Friedbert Barth, Werner Schottenloher, Ulrich Fritsch. Blumen für Christa Schmidbauer gab es dabei nicht etwa wegen ihrer Funktion als »Alibi-Frau« – vielmehr wurde ihr nachträglich zu einem runden Geburtstag herzlich gratuliert.

GEW-Stammtische ... Kontakte ... GEW-Stammtische ... Kontakte

Diese Treffen finden regelmäßig statt, nicht jedoch in den Ferienzeiten. Die Übersicht wird ständig aktualisiert, entsprechende Hinweise bitte an: GEW-Büro für Gewerkschaftliche Bildungsarbeit, Werner Schottenloher, Richard-Wagner-Str. 5/II., 93055 Regensburg, ☎ / Fax 09 41/79 36 95, e-mail: gew21972@aol.com

Aschaffenburg jeden Mittwoch, 20.00 Uhr, Pizzeria Venezia
Kontakt: Eberhard Rauch, ☎ 0 60 21/5 26 46

Bad Neustadt jeden 4. Dienstag im Monat, 20.00 Uhr, Café Röhnperle
Kontakt: Wolfgang Büchner, ☎ 0 97 73/82 86

Bayreuth jeden 1. Dienstag im Monat, 20.00 Uhr, Bistro Jojo, Schulstraße
Kontakt: Helmut Oskar Brückner, ☎ 09 21/7 31 31 03

Coburg jeden 2. Donnerstag im Monat,
20.00 Uhr, Naturkostrestaurant »Tie«
Kontakt: Karin Seifert-Lobedank, ☎ 0 95 61/81 20 36

Donau-Ries/Dillingen Mittwoch nach Vereinbarung,
19.30 Uhr, DGB-Heim
Kontakt: Hansjörg Schupp, ☎ 0 90 83/4 16 oder 9 10 78

Erlangen jeden 1. Dienstag im Monat, 19.00 Uhr, Gaststätte Gärtler
Kontakt: Hannes Henjes, ☎ 0 91 93/17 12

Forchheim jeden 2. Donnerstag im Monat, 19.30 Uhr, DreibauernStüberl
Kontakt: Andreas Hartmann, ☎ 0 91 91/70 24 32

Haßfurt jeden 1. Mittwoch im Monat, 19.00 Uhr, Alte Schule
Kontakt: Walter Richter, ☎ 0 95 23/76 89

Ingolstadt jeden 3. Donnerstag im Monat,
20.00 Uhr, Ölbaum (a.d.Schleifmühle)
Kontakt: Bruno Appel, ☎ 08 41/5 46 83

Kempten jeden 1. Dienstag im Monat, 20.00 Uhr, Gaststätte Korbinian
Kontakt: Doris Lauer, ☎ 08 31/2 79 10

Lindau jeden 3. Dienstag in ungeraden Monaten,
20 Uhr, Weinstube Reutin
Kontakt: Irene Mathias, ☎ 0 83 82/2 83 09

München Fachgruppe Grund- und Hauptschulen, nach Absprache
Kontakt: Jürgen Pöbnecker, ☎ 0 89/66 80 91

München Fachgruppe Sonderpädagogische Berufe
monatlich Montag im DGB-Haus, Terminübersicht bei Stefan Teuber
Kontakt: Stefan Teuber, ☎ 0 81 41/2 75 85

München AG SprachlehrerInnen jeden 2. Donnerstag,
19.00 Uhr, DGB-Haus
Kontakt: Inge Poljak, ☎ 0 89/76 97 95 55

München Fachgruppe Sozialpädagogische Berufe
jeden 1. Mittwoch im Monat, 19.00 Uhr, DGB-Haus
Kontakt: Bernd Englmann-Stegner, ☎ 0 89/49 68 81

München Fachgruppe Berufliche Schulen Termine auf Anfrage
Kontakt: Sabine Heigl, ☎ 0 89/2 71 38 39

München GEW-Hochschulgruppe
jeden Dienstag 19.00 Uhr, AStA Uni München
Kontakt: Michael Bayer, ☎ 0 89/2180-2072, michaelb@stuve.uni-muenchen.de

Neumarkt/Oberpfalz Mittwoch nach Vereinbarung, 19.30 Uhr, Plitvice
Kontakt: Ulrich Wehner, ☎ 0 91 81/10 64

Nürnberg AK Gewerkschaftlicher Durchblick
jeden Dienstag, 21.00 Uhr, Heimat, Eberhardshofstraße
Kontakt: Geschäftsstelle, ☎ 09 11/6 58 90 10

Pfaffenhofen/Niederscheyern jeden 2. Donnerstag im Monat,
20.00 Uhr, Beim Griechen/Müllerbräukläuse
Kontakt: Norbert Lang-Reck, ☎ 0 84 41/7 11 92

Regensburg jeden 2. Donnerstag im Monat, 20.30 Uhr, Leerer Beutel
Kontakt: Peter Poth, ☎ 09 41/56 60 21

Rosenheim/Kolbermoor jeden 3. Donnerstag im Monat,
19.30 Uhr, Pizzeria Milano/Zum Mareis
Kontakt: Andreas Salomon, ☎ 0 80 31/9 51 57

Schweinfurt jeden 2. Dienstag im Monat, 19.00 Uhr, Café Vielharmonie
Kontakt: Karl-Heinz Geuß, ☎ 0 97 21/18 69 36

Selb jeden 1. Schulmontag im Monat, 20.00 Uhr,
Golden Inn, Bahnhofstraße
Kontakt: Fred Leidenberger, ☎ 0 92 53/12 21

Sulzbach-Rosenberg jeden 3. Mittwoch im Monat, 19.00 Uhr,
Gaststätte Sperber
Kontakt: Manfred Schwinger, ☎ 0 96 61/77 55

Traunstein jeden 2. Montag im Monat, 20.00 Uhr,
Gaststätte Schnitzelbaumer
Kontakt: Manfred Doetsch, ☎ 08 61/86 74

Weiden jeden 1. Montag im Monat, 19.30 Uhr, Bräustüberl (Kaisereck)
Kontakt: Anna Forstner, ☎ 09 61/4 01 76 30

Weißenburg (Mfr.) jeden 1. Donnerstag im Monat, 19.00 Uhr, Casino
Kontakt: Manfred Loy, ☎ 0 91 41/24 93

Würzburg jeden 2. Dienstag (ab 1. Schuldienstag nach Ferien),
20.30 Uhr, Altdeutsche Weinstube
Kontakt: Jörg Nellen, ☎ 09 31/1 22 04

27. Juni 2003

Wir machen mit!

Wir machen mit!

Tag der Bildung

Mehr Infos unter: www.tag-der-bildung.de

Rettet die Bildung!

Qualität entwickeln – Arbeitsbedingungen verbessern